

Der Rote = Zeitung

Erst am Montag mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage. Preis 8.-
Preis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M. Einzelnummer 10 M.
Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Briefband 2,50 M.
Ausgegeben von: Die gebildete Wissenszelle über deren
Raum 12 M. Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 6 M. Kellamey-
reis 1 M. Die drei getrennten Wissenszellen oder deren Raum im Zeit-
raum 10 M. — Schluß der Unterlagenannahme ist der Haupt-Ergebnisse
8 Uhr; in den Filial-Ergebnissen am Tag vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der R.A.D., Section der 3. Internationale

Mit der illustrierten Zeitschrift „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Geschäftsbüro: Breslau 10, Leopoldz. Straße 60. Telefon
Ode 4719. Postfach 1044. Redaktion: Breslau, Leopoldz. Straße 60. Telefon Ring 9337. Verkauf der Abdrucke von 12-13. Montags und Freitags von 17-18 Uhr. — Filiale: Eröffnung: Gleiwitz, Wilhelmstraße 28. Telefon 2581. Gleiwitz: Kunst & Telefon 2584. Geschäftsbüro: von 8-10 Uhr. Verkaufsstand am Hauptbahnhof Breslau. — Berlin: Sozialer Verlagsgesellschaft m.b.H. Breslau. — Druck: „Bauag“ Berlin, Breslau, Leopoldz. Straße 60.

Fememorde in SG. amtlich befohlen!

Schwere Beschuldigungen gegen Oberpräsident Zimmer — G.P.D.-Beamte als Mithelfer und Mitwisser — Aufsehenerregende Enthüllungen

Breslau, 15. März.

Die völkische Zeitung „Fridericus“ schreibt in ihrer neuesten Ausgabe (März 1928) zu der Angelegenheit des Fememörder Schulz, daß sich dieser Oberleutnant Schulz bei seinen Handlungen von oben her gedeckt fühlen könne. Es heißt da:

„... Es wird eben jetzt deutlicher geredet werden müssen. So deutlich, daß die in olympischer Höhe Thronenden es endlich gewahr werden müssen, daß der Appell an die Gnade für die Wissende — und wir sind in allen Fememangelegenheiten Wissende, und zwar in allen Einzelheiten genau Bescheid Wissende — eigentlich weiter nichts ist, als ein Appell an die Vernunft. Hält man es für gut und nützlich, daß auch das Volk erfährt, was wir wissen, so möge man die in den Fememprozessen Verurteilten weiterhin als gemeine Verbreter behandeln. Wir werden uns dann nicht scheuen, den letzten Schleier der Geheimnisse von den gesamten Femematen zu reißen, und das nach der Verfassung souveräne deutsche Volk zu befragen, ob mit zweierlei Maß gemessen werden darf bei Fememörtern, für die amtlichen Stellen sich nicht einzusehen und bei Fememörtern, die von amtlichen Stellen den Befehl zu ihren Taten erhalten...“

Der „Fridericus“ führt dann zwei Fälle aus den ober-schlesischen Kämpfen auf, den eines Schlossers Michalek aus Hindenburg OS., der im Herbst 1920 in einem Steinbruch bei Neustadt OS. ermordet aufgefunden wurden, und den eines gewissen Bischof in aus Beuthen. In diesem Fall, so behauptet der „Fridericus“, hätte eine deutsche Behörde den Befehl zur Exekution des Opfers bereits erteilt, als sich herausgestellt habe, daß der Mann fälschlich beschuldigt worden war. Er sagt dann:

„Die deutsche Behörde war das Opfer einer Fälschung des politischen Spionagedienstes geworden und hätte beinahe einen Justizmord begangen. Einen Justizmord ähnlich der Art, wie Schulz und Kameraden ihn an Wilm's begangen haben sollen...“

*

Die Drohungen des „Fridericus“ wurden wenige Stunden später durch die Tatsachen überholt, während wir obige Zeilen in Saar gaben, packte der „Völkische Beobachter“ in seiner vorgestrigen Nummer aus und nannte bereits die dunklen Charaktere, die den Fememörder Borschke geleistet hatten. Der berühmte Faschist Dr. Fried schreibt in dem genannten Blatt:

„Tawohl, es sind, wie jetzt festgestellt werden kann, in Oberschlesien in den Jahren 1920 bis 1923 von insgesamt 160 „Fememörtern“ nicht weniger als 2000 Fememgerichte abgehalten worden, und zwar im amtlichen Auftrag des altherchristlichen Zentrumsmanns Dr. Spieder, damals Reichstagsabgeordneter für das oberschlesische Wahlkreisgebiet, des Sozialdemokraten Zimmer, heute noch Oberpräsident in Breslau, und des Sozialdemokraten Ernst, früher Polizeipräsident in Berlin, dann in Breslau.“

Spieder gab seine Anträge unter Decknamen über die Nachrichtenstelle des Oberkommissars an die Fememgerichte.

Einige Fälle sind besonders bemerkenswert. Zwei Berräter sollen auf amtlichen Befehl „umgelegt“ werden. Der eine wird erschossen, der andere, namens Kalla, nur schwer verwundet und entkommt. Er erstattet Anzeige wegen Mordversuchs gegen die ihm bekannten Täter. Diese werden verhaftet, berufen sich auf amtlichen Auftrag, sie werden daraufhin freigelassen und das Verfahren niedergeschlagen, Kalla aber nachträglich doch noch „umgelegt“.

Dasselbe wiederholte sich im Halle Michalek (bereits vom „Fridericus“ erwähnt). Auch hier wird der im Jahre 1921 verhaftete Oberschlesienkämpfer plötzlich vor noch nicht beendeter Untersuchung freigelassen, und seine rote Zeitung regt sich darüber auf, obwohl gerade damals die Fememfeinde gegen die Arbeitskommandos in Schwung kam.

Bezeichnend ist ferner der ebenfalls vom „Fridericus“ erwähnte Fall Bischofius. Dieser Mann sollte auf den in Gegenwart Dr. Spieders gegebenen Befehl des Kriminalkommissars Befehl „umgelegt“ werden, weil der Behörde Papiere in die Hand gespielt worden waren, die den scheinbar untrüglichen Beweis dafür enthielten, daß er ein Berräter sei, die aber tatsächlich vom polnischen Spionagedienst zu diesem Zweck gefälscht worden waren. Der Befehl wäre auch um ein Haar ausgeführt und Bischofius erschossen worden, wenn nicht der mit der Ausführung beauftragte Stadtkommandeur im letzten Augenblick die Unschuld Bischofius er-

sahen und die Tat verhindert hätte. Also beinahe ein unschuldiges Opfer amtlich befohlen.

Aber nicht nur auf Oberschlesien beschränkten sich die „amtlichen Fememorde“. Sie kamen auch im Ruhrgebiet während des französischen Ruhrinbruchs vor.

So wurde der Kommunist Sünder in Essen im engsten Zusammenwirken mit dem Polizeipräsidenten von Essen „verledigt“.

Die Enthüllungen des völkischen Abgeordneten Dr. Fried bestätigen das, was die Kommunisten bei den Fememorduntersuchungen längst nachgewiesen haben, nämlich die Völkerherrschaft schwarztrotgoldener Regierungspolitik. In derselben Linie liegen die Beschuldigungen, die Dr. Fried gegen den Zentrumsmann Spieder, den früheren sozialdemokratischen Breslauer Polizeipräsidenten Eugen Ernst und den Oberpräsidenten

Steinarbeiter streifen weiter!

Breslau, 15. März. Bei den gestrigen Verhandlungen im Steinarbeiterkonflikt machten die Unternehmer den Vorschlag, die Stundenlöhne in den Klassen I bis V auf 64 (80), 60, 55, 55 (52), 49 Pf. zu erhöhen. Der Procentsatz sollte von 30 auf 40 Prozent erhöht werden. Dieses Angebot lehnten die Gewerkschaftsvertreter ab. Sie forderten in der Spitze einen Stundenlohn von 68 Pf. und für die Altordarbeiter, die vorwiegend im Stundenlohn beschäftigt werden, einen Zuschlag von 10 Prozent. Der Vorschlag des Schlichters sah in der Spitze einen Stundenlohn von 66 Pf. und in der V. Klasse 50 Pf. vor. Die ursprüngliche Gewerkschaftsforderung von 80 Pf. bzw. Höhnerarbeitung der Teuerungszulage in den Lohn und eine durchschnittliche Lohnhöhung von 20 Prozent. Die Haltung der Verhandlungsführer bei den gestrigen Verhandlungen zeigt, daß sie, ohne Beifragen der Mitgliedschaft, die ursprüngliche Forderung des Verbandes bereits preisgegeben haben. Die Steinarbeiter, die heute und morgen zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen werden, müssen entschieden fordern, daß die alte Forderung wieder aufgestellt wird. Es ist ein Skandal, wenn man schon bei Beginn des Kampfes freiwillig die Höhe der Forderung herabsetzt. Der Streit muß bis zur Erfüllung der von der Mitgliedschaft aufgestellten Mindestforderung fortgesetzt werden.

Grubenbesitzer fordern 8,5 Stundenschicht

Essen, 15. März. (Eig. Drahtber.) Wie wir nochträglich erfahren, machen die Grubenbesitzer bei den hier stattgefundenen Verhandlungen den Vorschlag, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde unter Tage zu verlängern. Neben dieser Achtstundenschicht sollen zeitweise auch noch Neben- und Nebenschichten aus zwingenden Gründen des Gemeinwohls versahen werden. Wir kommen darauf noch zurück.

Deutscher Reformismus macht Schule

Paris, 15. März. (Eig. Drahtber.) Gestern ging die Tagung des Kongresses des reformistischen Gewerkschaftsbundes des CGT zu Ende. Jouhaux hielt eine große Schlussrede, in der er u. a. wörtlich sagte: Das die augenblicklichen Gewerkschaftsforderungen heute auf den zweiten Platz vertrieben werden mühten, denn das Hauptproblem, das jetzt unabdingt und ohne Zeitverlust gelöst werden müsse, sei die gesetzliche Stabilisierung des Franken. Weiter müsse auch die Nationalisierung (natürlich auf Kosten der Arbeiterschaft. Red.) in Frankreich vorgenommen werden. Die französischen reformistischen Gewerkschaftsführer sind, wie man merkt, bei ihren deutschen Kollegen in sehr gute Schule gegangen.

Weitere Verhaftungen von Saboteuren im Donezbeden

M. Nowo, 14. März. — Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf Anordnung Bubnovs im Donezbeden neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Letzte des chemischen Trusts im Donezbeden. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustverwaltung die Werke wissenschaftlich falsch geleitet habe.

Neun Monate Festung im Pazifistenprozeß

Leipzig, 14. März. — Im Leipziger Pontonprozeß gegen die beiden Pazifisten Jacob und Küster verkündete Senatspräsident Reichert vom Reichsgericht heute um 18 Uhr folgendes Urteil:

Jacob-Salomon und Küster werden wegen versuchten Landesverrats nach §§ 92 Ziff. 1 und 43 StGB zu je neun Monaten Festungshaft sowie in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Sämtliche Exemplare des „Das andere Deutschland“ vom 25. Juli 1925 sind im Umfang von § 41,2 ebenso wie die zu ihrer Herstellung verwendeten Formen und Platten im Umfang von § 41,2 unbrauchbar zu machen.

Ratifizierung eines deutsch-polnischen Grubenfeldabkommen. II. Berlin, 15. März. — Nach einer Meldung Berliner Blätter wurden gestern im polnischen Außenministerium abweichen dem deutschen Gesandten Rauscher und dem Direktor des politischen Departements des Außenministeriums die Ratifizierungsurkunden des am 21. Juni 1927 abgeschlossenen deutsch-polnischen Abkommens über die Grubenfelder, die von der deutsch-polnischen Grenze durchzogen werden, ausgetauscht.

Der Stand der deutsch-russischen Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß. II. Berlin, 15. März. — Wie der „Vorwärts“ mitteilt, soll die Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der in den nächsten Tagen einen Bericht über die letzte Tagung des Volksbundsrates entgegennehmen wird, auf Wunsch der Sozialdemokratie um einen weiteren Punkt, den gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Verhandlungen, ganz werden.

Arbeitswiederaufnahme in Berlin

I. II. Berlin, 14. März. Wie die Telegraphenunion erfährt, ist heute morgen die Arbeit in allen von den Werkzeugmachern bestreiten Betrieben wieder aufgenommen worden.

Vom Tage

Brian wird heute von der Genfer Märkttagung Bericht erstattet.

Als gestern ein bürgerlicher Inspektor Professor an der Pariser Universität seine Antrittsvorlesung halten wollte, wurde er von nationalistischen Studenten mit einem Revolverpfeife konzert empfangen. In den Abendstunden kam es zwischen Studenten zu einer Schlägerei. Das Haus einer republikanischen Studentenvereinigung wurde von monarchistischen Studenten überfallen und die Möbel zertrümmert.

Der englische Flieger Hinchliffe, der zu einem überraschenden Oceanflug aufgestiegen war, ist bereits 36 Stunden überfällig. Man rechnet mit seinem Tode. Damit hätte der Weltwohlfahrtsein ein neues Opfer gesordert.

Als britischer Nachfolger in der Rheinlandkommission ist Lord Hillson, der gegenwärtige Gesandte in Kopenhagen, vorzugehen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, soll dem Vernehmen nach auf Anordnung des Vorsitzenden des Obersten Gerichts die Übergabe der verhafteten Ingenieure nach Moskau bevorstehen.

Genosse Richard Schulz-Waldenburg hat im Landtag einen Antrag eingereicht, der wegen des Neutorner Grubenunglüches energetische Maßnahmen gegen das Waldenburg-Grubenfeld Sicherheitssatz verlangt.

Gestern ist es erneut in Frankreich zu großen Schneefällen gekommen. In den französischen Südalpen liegt der Schnee zehn Zentimeter hoch.

Gimmer erhielt. Eugen Gräfis kurze Polizeipräsidentenherrlichkeit in Breslau fällt in die zweite Hälfte des Jahres 1920, also in jene Periode, in der die Selbstschußverbände in Oberschlesien ihre Tätigkeit begannen.

Dieser same Sozialdemokrat und Polizeipräsident wurde nach mehreren Monaten zum Tausch gejagt, weil er „zufällig“ abwesend war, als oberschlesische nationalistische Flüchtlinge in Breslau das polnische Konsulat stürmten. Nachher wurde Gräfis zur Disposition gestellt, aber weiter mit amtlichen Aufträgen beschäftigt. Seine Haupttätigkeit soll, wie uns von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, in den Jahren 1921 und 1922 in der Organisation des Selbstschußes in Oberschlesien bestanden haben. Die Entschlüsse des Dr. Fried über die Wirkung Eugen Gräfis scheinen also auf außerordentlich gute Kenntnis dieser Tatsachen zu beruhen. Herr Gimmer, der sich trotz aller Dementis bereits seit Monaten mit Rücktrittabsichten traut, hat mit seinem Parteifreund Gräfis in der Frage der oberschlesischen Verbände Hand in Hand gearbeitet. Auch er, der bei allen nationalistischen Kundgebungen im Zylinder erscheint, und mit dem Brustton der inneren Überzeugung vom „bedrohten Vaterland“ und der geschedeten Ostramk spricht, ist von solcher Unterwürfigkeit gegenüber all denen, die im Offiziersrat die kapitalistische Staatsmacht vertreten, daß ihm eine Begünstigung der Feinemordorganisatoren durchaus zuguttrauen ist.

Doch ein Rentnermann der Dritte im Bunde ist, paßt durchaus zum Bild. Haben doch die sozialdemokratischen Führer in Schlesien mit der Partei des Arbeitervolkes besonders gut zusammengearbeitet und sich in Oberschlesien trotz ihrer zahlentümlichen Schärfe in die Posten und Rösten in Oberschlesien geteilt.

Warum sollen auch dieselben Führer, die 1919 im Burgfrieden mit allen bürgerlichen Parteien die Verantwortung für den nicht minder monarchistisch verachteten Grenzschuß geschlagen haben, nicht 1920 bis 1922 einen Schritt weiter gegangen sein und ebenso harmonisch mit den Organisatoren der Feinemordverbände gearbeitet haben?

Das demagogische Argument der SPD, mit dem sie sich vor einer Amnestie der proletarischen Gefangenen drücken möchte, ihr Hinweis, sie kann nicht für gleichzeitige Begnadigung der Feinemordern stimmen, ist nunmehr erst recht in seiner ganzen abgrundtiefen Verlogenheit erkennbar.

Wir weisen in diesem Zusammenhange auf das Telegramm hin, daß der Genosse Max Hölz anlässlich der Amnestiedebatte des Reichstages über die erbärmliche Haltung der SPD zu den Genossen hörbar gefandt hat. In diesem Telegramm spricht er seine Empörung über die „neue Schließung der SPD-Fraktion, um proletarische Gefangene in den Kerker zu lassen und Arbeiter zu täuschen“ aus.

Die Arbeiterschaft muß die verräderische Demagogie der SPD schonungslos entkräften: sie waren für die Feinemordner, sie lassen ihre Verbände aufbauen, decken ihre Schandtaten, ja, geben den amtlichen Befehl zu Feinemordern, als diese im Interesse der Bourgeoisie wünschenswert waren; sie markieren heute eine Abneigung gegen die Feinemordner, um dadurch die Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen verhindern zu können!

Wir sind uns darüber klar, daß die Klassenjustiz zur Ausdehnung des oberschlesischen Feindesambtes trotz der Beschuldigung Dr. Frieds keinen Finger krümmer machen und nichts gegen die belasteten Sozialdemokraten in hoher amtlicher Stellung unternehmen wird.

Indessen hoffen wir mit Unterstützung der Arbeiterschaft in Schlesien und Oberschlesien die bisher ungehüteten Vorde aufzuheben und Wörter und Wortebegütinger an den Pranger zu stellen. Wir werden die dazu notwendigen Schritte in nächster Zeit einzuleiten.

Zweihundert im „amtlichen Auftrag“ Gemordeten muß durch das Proletariat Genugtung verschafft werden!

Lärmzonen in der Stadtteilung. Ull. Belgrad, 14. März. — In der Stadtteilung ist es gestern zu neuen Lärmzonen gekommen, die abermals zu einer Ausschließung Stefan Raditsch für die Dauer von drei Sitzungen führten. Die Sitzung, in der der vollvertretende Außenminister einen Bericht über die an den politischen Lage erfaßten wollten, mußte abgebrochen werden.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

„Ich weiß wohl, sie triumphierten jetzt; denn nur sie allein sind noch da. Das war's, was sie schlußlich wünschten; Nie absoluten Herren wollten sie sein und alle Macht und alles Geld für sich allein behalten. Ich kann Ihnen sagen, daß ihre Erfüllungen vor einer Konkurrenz sie sogar dazu gezwungen haben, die religiösen Orden von Lourdes fernzuhalten, die sich hier niedergelassen haben. Jesuiten, Dominikaner, Benediktiner, Kapuziner und Carmeliter haben darum eingehalten; aber den Patres von der Grotte ist es jetzt gelungen, sie fernzuhalten. Sie dulben nur die Franziskaner; sie wollen nur eine Heide. Und ihnen gehört auch die Stadt; sie unterhalten Läden darin und treiben Handel mit Gott am großen und kleinen.“

Langlantern Schritte war er zwischen den Schutzhäfen in die Mitte des Haupthafens zurückgekehrt. Nur zeigte er mit einer großen Schärfe auf ihre verschärfte Rüngsdung.

„Betrachten Sie dies traurige, häretische Land! Die Rosenkrankische und die Basilika da drüber haben sie nicht als drei Millionen gelöscht.“

Wie in dem schwangeren letzten Zimmer der Bezauberte lag Pierre auch hier die in ihrem Triumpf erprobende Basilika sich ergeben. Nicht hier hatte sich der Traum des Abbe Peyramale verwirklicht, nicht hier, wo er als amtierender Priester das kriechende Volk segnen wollte, während die drohende Engel ein freudentlich anstimmte. Vor seinem gesündigen Auge stieg die Basilika auf, in der alte Gloden lärmten, die von dem Krebsch, übermauerlicher Freude über ein Wunder erzögten, und die ganz in Flammen loderten. — die Basilika mit ihren Fackeln und Lampen, ihren goldenen und silbernen Kerzen, mit ihrem in Gold geleideten Altar und ihrer einen goldenen Seitenkapelle. Von nun an...

Sie in eine Blas geblämt leuchtete sie in der untergehenden Zone und berührte mit ihrer Larvapise den Himmel, während Silhouetten von Gebeten, die ihre Männer erschütterten, aus ihr sich auftürmten.

Hier dagegen zog eine Kluft in Stand, die untersetzig, nach wie sie erfanden war, eine Kluft, die durch körperliche Verachtung mit dem Untergang belegt worden war und die, allen Wunden gleich, eben schien.

Seine Gesinnung lag ein wenig von den Steinen mit zu, nach

Nur die SPD gegen das Bürgerblod. Strafgesetzbuch

Landsberg (SPD) als Verteidiger der Klassenjustiz

In der Reichstagsitzung vom Dienstag, den 13. März, wurde u. a. der Gesetzentwurf zur Überleitung der neuen Bibel der Klassenjustiz an den kommenden Reichstag beraten. Professor Wahl hatte ein solches Gesetz gefordert, weil der fehlende Reichstag das neue Strafgesetzbuch nicht mehr verabschieden kann.

Für die SPD proklamierte den Kampf gegen die verschärfte Klassenjustiz und ihre Begünstiger Genosse Geschke: Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letzte Werk der Klassenjustiz und ihre Begünstiger. Der kommende Reichstag soll, ohne daß es einer erneuten Einbringung bedarf, über die Entwürfe eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches und eines Strafvollzugsgesetzes beschließen. Das Strafrecht ist für sie das letz

Großtheater Breslau

(Opernhaus)
 Montag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie D 16
Das Wunder der Heliane
 Dienstag, 19 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie A 15
Der Rosenkavalier
 Mittwoch, 19.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie B 15
Die lustigen Weiber von Windsor
 Donnerstag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Die Hölle
 Freitag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie C 15
Sophie auf Zaire
 Sonnabend, 17 Uhr
Cavalleria rusticana
 Der Bojanus
 Sonntag, 18 Uhr
Die Meistersinger von Nürnberg

RFB.- u. Partei-Lokal
 Rathaus „Zur Bindenblüte“
Anton Zoudlich
 Breslau, Königstraße 10

Nur Qualitätsware kaufen Sie sehr preiswert im Schuhhaus
Lewkowitz
 Breslau, Schleinitzgasse 23

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 10. 3.
 bis Sonnabend, den 17. 3.
 täglich 20 Uhr
 Zum ersten Mal!
 „Der Frauenarzt“
 Schauspiel von Hans I.
 Schäfisch

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Breslau
 Tel. Stephan 36300

Täglich 20 Uhr

„Der
 Zare-
 witsch“

Lederjacken
 keine Lombardware
 Schuhe, Stiefel, Blister, Wind-
 jacks, kauft man billige, als auf
 Versteigerungen im
 Lombardhaus, Selvatorpl. 3/4

Möbel
 Küchen, Kompl., 7-tig. von 80.— Mk. an
 Schränke, pol., 2-türig von 60.— Mk. an
 Ausziehtische von 38.— Mk. an
 Polierte Stühle von 5.50 Mk. an
 Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-
 matratzen u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Biener & Dillig
 Stühle und Möbel / en detail, en gros
 Metallwaren, 107 u. Weinbergsweg 18/20

Herren-
 Damen-
 Räder neu u. gebraucht
 Halbrenner, Fahrräder
 Lad- u. Mä. m.-Gesch. Poststr. 7, I. Eig.

Kolossal billige Werbepreise!
 Blutirische Grunelleringe } Pfd. 16
 nur ohne Kopf
 Kabeljau } Pfd. 27
 Braffertige weiße Koteletts, Pfd. nur 60
 Goldbars, Schnellsch
 Hochfeine, delikate Brat-
 heringe, 2 Pfund-Dose nur 78
 Hering in Gelee } 2 Pfd.
 Bismarckheringe } Dose
 Rollmöpse } nur 86
 Sardinen } alles in hochreiner Qualität
 und pikant er Marinade
 in der



Nordsee
 Bohrauer Str. 2, Schmiededrücke 1
 rechts v. Ring aus), Neue Schweid-
 nitzer Str. 5 a, Anderssenstraße 2
 Liegnitz, Breslauer Straße 27

Direkt aus der Fabrik!

Unser berühmter, alter
Breslauer 35% p. Ltr. M. 2.10
Weinbrandverschnitt la 38% p. Ltr. M. 2.80
Jamaica-Rumverschnitt (piima) p. Ltr. M. 2.90
 Sämtliche Liköre und Weine zu unübertroffenen Preisen

Herzberg & Co.
 Fabrik und Hauptgeschäft:
 Höfchenstraße 48
 Sicherplatz 17/18
 Michaelistr. 3, Klosterstr. 64
 Reuthenstraße 10

Deutsch-Lissa

Fisch-Spezial-Geschäft Deutsch-Lissa
 Elisabethstraße 1
 Garantie für frische Fischwaren aller Art

Flüssische Seefische usw.

Gasthaus „zu den drei Linden“

Dörfchen
 empfiehlt seine Lokalitäten Vereinen und
 Tagesgästen einer gütigen Beachtung

Schöner Parkettsaal

Jeden Sonntag großer Dienstbetrieb

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

3 Filmstage
 Mittwoch, Donnerstag
 und Freitag, täglich 5 und 8 Uhr

Das Meer

(Die Insel der Leidenschaft)
 Palast und Festung (St. Petersburg)
 Für Jugend verboten
 Erwerbslose bis 5 Uhr 25 Pf., sonst Einheitspl. 50 Pl.
 Arbeiter-Sport-Kartell

Metallbettenfabrik
 Matratzen
 Steppdecken
 Beste Qualitäten
 Beste Preise
Silesia-Matratzen-Fabrik
 Verkaufsstelle
 Kupferschmiedest. 44 Ecke Schuhbrücke

Waschmaschinen Wranglmuschinen

nur bewährte Systeme
 Auf Wunsch Zahlungs-Erlichtung
Koppel & Tauterk
 Beuthen O.-S. Hindenburg
 Piekarter Straße 23 Kronprinzstraße 127
 Telefon 2048 3049 3001 Telefon Nr. 3190

KIPKE-BIER seit 1844

Nachstehende Ausgabenstellen der „Arbeiter-Zeitung“ in Oberschlesien
 nehmen Abonnementsbestellungen entgegen

Berthen: Vincent Schweda, Simianowitzer Chaussee 26.
 Biszupitz: Johann Martinha, Hinterste, Unterhof 2.
 Bobrek: Erwin Guhalla, Bergwerkstraße 7.
 Bojanowicz: Franz Platzel.
 Gorlerdorf O.-S. Kreis Neisse, Franz Thiel.
 Choszczig, Kr. Oppeln O.-S., Vincent Kessel
 Gosej O.-S. Adam Grinow, Kasernen 17, Block 1.
 Drosowiz: J. Schleiss.
 Deutsch-Rosenthal: Bernhard Wotila, Bahnhofstraße 5.
 Gorzel, Kr. Oppeln, Franz Franz Smaczy
 Gorzow: Post Gogolin, Hajnówka Roniekt.
 Gostkow: Florian Ruth, Ritterstraße.
 Grotzig: Walter Langner.
 Gogolin: Robert Lechniot, Bahnhofstraße.

Gleiwitz-Jernit: Adolf Piechutta, Riechhosenstr. 45 c.
 Gleiwitz: Michael Schiwon, Barbarastrasse 10.
 Hindenburg: Peter Stoltz, Schmiedestrasse 5.
 Kamitz: Robert Langer, Kr. 68.
 Krappitz: Franz Kupies, Untere Baudengasse 7.
 Kralubitz: Stanislaus Krid.
 Kretz: Johann Wanura, Tarnowitzer Straße 18.
 Krappitz: Karl Rosenberg, Siedlung.
 Krenzburg: Paul Staron, Ring 39.
 Kolonie Zernit: Adolf Piechutta, Waldstraße.
 Lubanow O.-S. Ernst Berger, Kirchstraße 10.
 Michowitz: Theodor Brylot, Neptuner Straße 41.
 Mittelschütt: Romuald Gregorek, Waldstraße 125.
 Neustadt: Max Brix, Fischstraße 29.
 Reichenbach: Hermann Krause, Königstraße 7.

Neudorf, Agl. b. Oppeln, Erich Wolter, Oppelner Str. 9
 Oppeln: Friedrich Menzel, Bojener Straße 1 III.
 Ratibor: Theodor Thün, Reisser Straße 116.
 Pschline: Julius Grischel.
 Rothek: Paul Hanke, Kr. 93.
 Rotkow: Ignaz Popolla, Jungfernstraße 12.
 Rollbau, Kreis Beuthen: Wilhelm Grajka,
 Beuthener Straße 23.
 Szczecin bei Malopane O.-S.: Johann Koniecko.
 Sosnowitz: Konrad Chwalat, Bergstraße 3.
 Schönberg b. Beuthen, Villor Michala, Gelbstr. 9
 Sudetenland: Valentyn Rowat, Oberpol.
 Sobótka-Dorf: Bernhard Gwozdz, Dorfstraße 45.
 Ziegendorf: Rudolf Vogel, Königstraße 9.
 Zitz: Max Goretz, Klosterstraße.
 Zgorzelej O.-S.: Johann Jozef, Baldina-S. 114.

E Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte u. Beamte von Mittel- u. Niederschlesien

Niesky-Gödernitz

J. A. Schütz

Kolonialwaren, Gläsern, Weine

81044

Schuhwaren all. Art Rave & Preisel Görlicher Str. 1. Eigene Reparaturwerkstatt

81044

Umw. Goldmaren, Obst Kart. Neubauer, Gödernitz Straße 9

81044

W. Menzel / Oegr. 1810

Einkaufshaus aller Art Sachen

Wustauer Str. 6

81044

Lederwarenhandlung

Paul Wagner, Gödernitz Str. 3

81044

Gustav Jähne, Wustauer Str. 10 Fleisch- und Wurstwaren

81044

Gasthaus „Deutscher Hof“

Reden Sonntags: 20.00 Uhr

Salon Vereine zu vergeben

81044

Wilhelm Bleicher, Biererei

Waldstraße, Biergarten 10

81044

Druno Geisler

Fahrräder, Mähdrescher, Grammophone

Reparaturwerkstatt

81044

Wüstegiersdorf

Spezialgeschäft für Qualitätsschuhe

E. SCHOLZ ERBEN

Wüstegiersdorf 60

80741

Bernhard Scholz, neb., Galib. u. Hoffmann's Uhren u. Goldwaren, eig. Rep.-Werft.

80432

WILLI Dörflein

Kolonial- und Gießwaren Mitglied des Kubatt-Sparvereins

80433

HEINRICH OLBRICH

Brot- und Bekleidungshaus

80433

Carl Schönler, Dorfstraße 127 empfiehlt Konfektion u. Schuhwaren zu billigen Preisen

80433

Kolonialwaren und Lebensmittel Georg Fischer

80434

Kolonial- u. Gemischtwaren Spiel- u. Kurzwaren Adolf Bittner

80435

Ober-Wüstegiersdorf

Ernst Teichmann

Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haushaltsgeschäfte, Trikotagen

80437

Heinrich Hlope, Nr. 136 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

80438

Hermann Kahlert

Leinen- und Baumwollwaren Kolonialwaren

80439

Adolf Stache, Kolonialwaren Wein, Spirituosen, Tabake

80440

Gottesberg

G. Niepel, Bahnpoststr. 8

Brot-, Gewürz- u. Käsefondhändl.

80738

Paul Feier, Grillauer Str. 4. Kolonialwaren, Käse, Zigaretten u. Spirituosen

80358

Mühlenhaus und Sorgengagis Kuball Herzog, Görlicher Str. 29

80352

Oswald Rauer, Kleider- u. Wurstwaren, Sürschneider Straße 17

80353

Franz Leonhardt

optisch. Zigarre, Zigarette, Tabak

80351

Felbammer

Bar. Ecke, Brot-, Gewürz- u. Lebensmittel

80344

Bäckerei „Zum Bergmann“

Uhr. Feier, Schmiede 5

80352

Görlitz

3 wichtige Punkte ● ● ● Riesen-Auswahl, Vertrauens-Qualitäten u. die billigen Preise erleichten Ihren Einkauf im

Kaufhaus zum Strauss

Lindemann & Co. A.-G.
Görlitz

Butter, Margarine, Röste u. Eier

fand man stets frisch und preiswert

Nußbutter-Margarine-Zentrale

Mittelstr. 8 W. Pautke Tel. 11-4

en gros im Hote an detail

81040

Speziell-Bettw.-G.ölfuss

M. LORENZ

Jacobstraße 81 part.

Bettfedern, leichte Bettw. und Inlett

Neue elektr. Dampf-Bettw. Reinigung

81049

Petersdorf I.R.

Hermann Cichter, Kolonialwaren-Haus

Weine, Spirituosen, Alkoholgetr.

81040

Alfred Leisching

Drogen, Farben, Lade, Blinf.

81049

Mathias Göller, Petersdorf 93

Weiß-, Wollwaren u. Kinderkonfektion

81049

Otto Heidrich, Gödernitz, Petersdorf 226

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

81049

Mag Wanisch, Petersdorf 222

Schuhwaren und Reparaturwerkstatt

81049

Karl Weier, Petersdorf 210

Lebensmittel und Kolonialwaren

81049

Greiffenberg

Kaufhaus J. Gottwald

Richt. 8, Damen-Konfektion, Kleider-

stoffe, Weiß- und Wollwaren

81049

Willy Körner, Kirchstraße 13

Fleisch- und Wurstwaren

81049

Walter Stremmel, Kirchstraße 13

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

81049

Wilhelm Baas, Gödernitz Str. 7

Fleisch- und Wurstwaren

81049

Paul Schröder, Gödernitz 21

Kolonialwaren, Tabak, Zigaretten

81049

Anne Scholz, Tel. Will. Scholz, Markt 16

Leinen- u. Gummifäden, Leinzeugen

81049

Paul Grätz, Gödernitz 16

Arbeitserberbach, Seife, Wäsch

81049

Georg Künzer, Gödernitz, Mark. 10

Kolonialwaren, Destillation

81049

Wilhelm Frantz, Schubener Str. 31, Gödernitz, Küchengerüste, Geflügel-Urt.

Spirituosen

81049

H. Rosenstein

Brannweine — Liköre — Zigaretten

81049

Paul Scholz, Markt 20

Konfektion, Wäscheartig.

81049

Dittersbach

Richard Simon

Hauptstraße 208

Geflügel- und Wurstwaren

81049

Oscar Wiehl, Hauptstr. 71

Gewen- u. Knab.-Konfektion sowie sämtl.

Gummifäden, Windräder, Krebschalen

81049

Jul. Kriegel, Eisenhändl., Seife- u. Küchen-

gerüste, Geschenktüte, Sol. Stahlwaren

81049

Schuhwaren A. Fröhlich, Markt 206

Reparatur-Werkstatt, Hauptstraße 206

81049

Hochwald-Bäckerei

Hauptstraße 67 a u. 122

81049

Wolf Rohdentscher, Destillation

empfie. II

Spirituosen, Zigaretten und Tabake

81049

Schnikhans Heinz, Dittersbach

Hauptstraße 33 — Zweiggeschäft:

Waldenburg, Hermann-Str. 6

81049

Wol Müller / Seife, sortenreiche

reelle Bezugssquelle

für Reis- u. Damenwäde, Kurz-, Weiß-

u. Wollw., Hauptstr. 95, Nähe Seidelmeite

81049

Die SPD gegen Amnestie

Sozialdemokratische Minister verhindern die Amnestie proletarischer politischer Gefangener

(Eig. Ber.) Berlin, 14. März.

Der Unterausschuss des Rechtsausschusses des Reichstags trat am Dienstagmittag zusammen, um das Material der Reichsregierung über die Auswirkungen des kommunistischen Antrages und die Erklärungen der Länder zu diesem Antrag auf Amnestierung aller politischen proletarischen Gefangenen entgegenzunehmen.

Aus dem von der Reichsregierung vorgelegten Material geht hervor, daß auf Grund des kommunistischen Antrages alle zurzeit noch in Strafhaft befindlichen proletarischen politischen Gefangenen, die von den Gerichten des Reiches aburteilt wurden, sofort freigelassen würden: So Mag. Hoelz und seine Anhänger, die Plättnergruppe, die Verurteilten des Tschetsch-Prozesses, des Stuttgarter und der beiden Potsdamer Prozesse, die Gefangenen, die wegen des Sprengattentats in Jüßen, wegen der politischen Kämpfe in Elberfeld, wegen der Sprengstoffattentate in Nordwestdeutschland und wegen der kommunistischen Verleugnungsarbeit in Reichswehr und Polizei und wegen kommunistischer Unsturzpropaganda verurteilt wurden.

In der Denkschrift wird ausgeführt, daß von den in der Liste der Roten Hilfe namentlich aufgezählten

216 Gefangenen

sämtliche 92 Reichsfälle der Amnestie teilhaftig werden würden. Sämtliche bedingt begnadigten Personen würde ein bedingungsloser Straferlass antreten werden. Alle anhängigen Verfahren gegen die Zentrale der KPD, gegen 50 flüchtige Kommunisten, gegen den Genossen Meddermeyer, würden niedergeschlagen werden, ebenso eine größere Anzahl von Verfahren wegen Landesverrats, in denen keine gewinnsichige Absicht vorliegt, sondern nur Pressedelikte.

Von den Ländern gab zunächst die Regierung Braun-Gräfin für Preußen die Erklärung ab, daß es nach wie vor die Zuständigkeit des Reiches zum Erfolg einer Amnestie, die sich auf die Länder erstreckt, bestreite. Das Reich würde seine verfassungsmäßige Kompetenz überschreiten, wenn es die von den Ländern Verurteilten amnestieren würde.

Zudem bestieß keinerlei Antrag, der Frage einer Amnestie im gegenwärtigen Augenblick näherzutreten.

Anlässlich des Geburtstages Hindenburgs seien rund 600 politische Straftaten amnestiert worden. Endlich habe auch der Landtag ganz vor kurzem erst einen kommunistischen Antrag auf Erfolg einer Amnestie mit Mehrheit abgelehnt.

Für Bayern erklärte Dr. Mühlstein, daß seine Regierung in der Zuständigkeitsfrage denselben grundsätzlichen Standpunkt einnehme wie Preußen. In Bayern lägen Fälle von großer Bedeutung nicht vor. Etwa 50 Kommunisten, die wegen Zugehörigkeit zur KPD verurteilt seien, kämen neben einer größeren Anzahl von Verurteilungen und Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat für die Amnestie in Frage.

Die Württembergische Regierung hält ebenfalls eine Reichsamnestie für einen Einbruch in die Justizhöheit der Länder. Für Württemberg liege kein Antrag für eine Amnestie vor; eine Amnestie zugunsten bestimmter Personengruppen untergrabe die Rechtsordnung.

Der Vertreter Sachsen betonte, daß für sein Land eine Amnestie unnötig sei, weil anlässlich des Geburtstages Hindenburgs nahezu alle politischen Verurteilungen amnestiert worden seien. Von größeren Fällen seien nur noch der Beleidiger Stresemanns, Dr. Müller aus Plauen in Haft. Gegen Mag. Hoelz schwerten noch fünf Verfahren wegen Brandstiftung im Erzgebirge im Vogtland. Diese Verfahren seien vorläufig eingestellt. Wenn eine Amnestierung von Hoelz von Reichs wegen erfolge, werde man diese Verfahren auch nicht weiter verfolgen. Auch Sachsen hat Bedenken gegen die Zuständigkeit des Reiches für den Erfolg einer Amnestie.

Thüringen: In Thüringen schweben zurzeit 21 Straftätern mit etwa 100 Beschuldigten wegen Landfriedensbruchs und Vandalismus. Eine größere Anzahl von Verurteilten ist bereits amnestiert worden. Die Thüringer Regierung habe gegen eine Amnestie gründliche Bedenken.

Weit schärfer und ebenso absolut unachgiebig wie Preußen äußerte sich der Vertreter für Baden, der die Amnestie als Prämie für die Fortsetzung von verbrecherischen Plänen bezeichnete. Baden wehrt sich mit aller Entschiedenheit gegen Eingriffe des Reiches in seine Justizhöheit.

Bremen erklärte, daß 30 geringfügige Fälle politischer Verurteilungen vorliegen, daneben ein Fall mit 3½ Jahren Zuchthaus. Zur politischen Seite der Frage hat seine Regierung noch nicht Stellung genommen.

Hessen ließ erklären, daß anlässlich des Geburtstages Hindenburgs und seines Ministerpräsidenten Ulrich Gnadenweise in großem Umfang ergangen seien und sprach sich ebenfalls scharf gegen eine Amnestie aus, die auch die Länder einbeziehe.

Mecklenburg-Schwerin: Die Zahl der politischen Gefangenen sei gering. Durch eine Amnestie würden 8 Personen, die wegen Feuerordnung verurteilt sind Straffreiheit erlangen. Die Regierung stände einer Amnestie durchaus ablehnend gegenüber. Häufige Amnestien würden geradezu zur Heranziehung des Verbrechens dienen.

Hamburg erklärte, daß etwa 40 Prozesse wegen politischer Straftäte anhängig sind und in 85 Sachen Ermittlungen schweben.

Eine politische Stellungnahme zur Amnestiefrage liege noch nicht vor. Der Ausschuss beschloß, von den Regierungen die schriftliche Vorlegung ihrer Erklärungen zu fordern und in der nächsten Vollzügung des Ausschusses zu diesen politischen Erklärungen zunächst Stellung zu nehmen. Die nächste Vollzügung soll am Donnerstag, spätestens Freitag, stattfinden.

*
Von allen Erklärungen, die die einzelnen Länder vertreten haben, hatten, soweit Schärfe und Ton der Abneigung in Frage kommt, die Erklärungen von Preußen, Baden, Hessen und Mecklenburg-Schwerin unbedingt den Vorrang. Sämtliche vier Regierungen haben Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokratie ausschlaggebende Einfluss besitzt. Diese schroffe Ablehnung der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen liegt auf derselben Linie wie das sabotierende Verhalten der Sozialdemokraten im Rechtsausschuss des Reichstags am vorigen Freitag. Die SPD will unter allen Umständen jetzt eine Amnestie verhindern, um während der

Wahl eine große Anzahl kommunistischer Funktionäre, die politisch verfolgt werden, als Agitatoren aus dem Wahlkampf auszuschalten und nach den Wahlgewählten Arbeitern durch eine Teilamnestie die „Segnungen“ der neuen sozialdemokratischen Koalitionsregierung demagogisch vorzutäuschen.

Die Massen sollen den Eindruck gewinnen, daß mit dem Eintreten in die Regierung auch eine Wendung in der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse eintrete.

Dieses Spiel der Sozialdemokratie und ihrer Regierungen muß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln durchkreuzen. In den Betrieben müssen alle Proletarier, denen das Solidaritätsgefühl für ihre Klassengenossen noch nicht ganz abhanden gekommen ist, ihre Stimme dagegen erheben, daß man sich nicht scheut, die Leibluden und Dualen der proletarischen politischen Gefangenen, die schon viele Jahre in den Zuchthäusern sitzen, zu politischen Wahlgeschäften zu missbrauchen und diese Opfer der Klassenjustiz mindestens noch einige Monate im Kerker schmachten lassen will, obwohl jetzt eine Gelegenheit gegeben ist, alle proletarischen politischen Gefangenen respektlos aus den Zuchthäusern zu befreien.

Aus Betrieb und Werkstatt

Zum Streit der Steinarbeiter

Um das Zeitlohnssystem.

Ein Steinarbeiter schreibt uns: Vor mir liegt das Statut des Steinarbeiterverbandes. Gleich auf der ersten Seite steht: „Der Verband vertreibt die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder nach folgenden Grundsätzen: 1. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.“ Der Verband strebt die Einführung des Zeitlohnssystems.“ Der lezte Satz gibt mir zu denken. Gibt es doch kaum eine zweite Industrie, wo durch ein rassiniertes Alltarifsystem derartig Raubbau am Arbeiter getrieben wird, wie in der Steinindustrie, für deren Arbeiter das oben erwähnte Statut Geltung haben soll. Sollte sich in den langen Jahren seit Bestehen des Centralverbandes der Steinarbeiter wirklich noch keine Gelegenheit geboten haben, dieses Mordsystem zu beseitigen?

Die Alltarbeiter nicht zufrieden waren. Wie überall, so ist auch in der Steinindustrie die Alltarbeit auf dem Autoreversystem aufgebaut. Wir führen noch mit an, daß die Steinarbeiter nur 97 Prozent des Volklegslohn haben. Anfang des Jahres 1928 machte sich eine neue Lohnbewegung bemerkbar, in dem zum Ausdruck kam, daß eine Lohnhöhung von 20 Prozent angebracht sei. Es wurde versucht, Verhandlungen anzubahnen, aber die Herren ließen sich nicht dazu herbei. Eine stattgefundenen Betriebskonferenz beschloß, die Kündigungen einzurichten. Nach einer im Februar stattgefundenen Verhandlung, in welcher 5 Prozent auf einige Arbeiten gegeben werden sollten, was aber bei der festigen Arbeit nicht zur Geltung gelommen wäre, und nur den Schein einer Lohnzulage haben sollte, wurde am 18. Februar die Arbeit niedergelegt. Es kommen 15 Betriebe mit 700 Mann Belegschaft in Frage, auch die Firma Alfred Schulz Nachf. Marmorschleifer in Görlitz, ist mit dabei. Zwei kleine Betriebe haben sich grundsätzlich verpflichtet, vorläufig 10 Prozent und weitere erlämpfte Zugaben zu zahlen. Dort wird gearbeitet. Es sei noch erwähnt, daß noch eine Anzahl Granit- und Marmorschleifer in Bayern, Fichtelgebirge und Odenwald sind, in denen der Tarifvertrag im Juni abläuft, mithin also ist die Oberlausitz richtunggebend.

Wer bestellt die Wochenausgabe?

Auch diesen Sonnabend und Sonntag muß jede Ortsgruppe den Verkauf der Wochenausgabe unserer Zeitung organisieren. Jede Ortsgruppe muß sofort Verlagszeugenpläne bestellen. Der Verkauf ist mit der Werbung von ständigen Abonnenten zu verbinden. Am Sonntag und Sonnabend verlaufen und werben

Alle!

oder zum mindesten wesentlich zu mildern? Wir sind überzeugt davon, daß es durch siehe Arbeit gelungen wäre, das Alltarifsystem völlig zu beseitigen. Aber es ist wohl kaum ein Versuch dazu gemacht worden!

Sehen wir uns die Arbeitsverhältnisse in den Steinbruchbetrieben etwas näher an. Da ist zunächst die Gruppe der Steinbrucharbeiter. Diese werden wieder in verschiedene Gruppen geteilt, z. B. erfahrene, mittelmäßige und — ja, ich weiß nicht, wie der Fachausdruck für die dritte Kategorie ist. Interessant ist jedenfalls, daß in dem einen Betrieb mit dreißig langjährigen und m. E. vollwertigen Steinbrucharbeitern von der Betriebsleitung nur vier in die Gruppe der erstenklassigen Steinarbeiter gerechnet werden! Diese wenigen lädt man immer auf einen angemessenen Lohn kommen, auch bei schlechtem Felsen. Dafür werden sie bei Lohnverhandlungen seitens der Unternehmer als Paradeferde vorgeführt! Die übrigen Steinarbeiter, welche nicht das Glück haben, „erfahrene“ zu sein, müssen aufzufinden sein, wenn sie bei schlechtem Felsen den tariflichen Alltarif (zehn Prozent unter dem Normalstundenlohn, zuzüglich 30 Prozent) erhalten. Und der Spitzenstundenlohn eines Steinbrachers beträgt 59 Pf. Noch schlechter liegen die Dinge bei den anderen Alltararbeitern. Kleinschleißer und Böller erhalten nur soviel, wie sie tatsächlich verdient haben, ganz gleich, ob der zu bearbeitende Stein gut oder schlecht ist! Der Stundenlohn der übrigen Alltararbeiter beträgt einschließlich der 30 Prozent Lohnzulage 50,1 Pf. Unter diesen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn selbst Kollegen, die wissen, worauf es ankommt, sich danach drängen, im Alltarif zu arbeiten! Am meisten haben natürlich die Kollegen unter der verfehlten Lohnpolitik zu leiden, welche, teils durch die Eigenart der zu verrichtenden Arbeit, teils aus anderen Ursachen gezwungen sind, das ganze Jahr über im Süden zu arbeiten! Der Stundenlohn eines Maschinenarbeiters beträgt 61 bzw. 56 Pf., der eines Hilfsarbeiters 48,8 Pf. (in Worten: achtundvierzigundachtzehntel Pfennige).

Es ist unmöglich, darauf hinzuweisen, daß der Betrieb an Kleidung gerade in der Steinindustrie recht groß ist; daß auch die Hilfsarbeiter zum Teil eine recht große Familie haben. Die angeführten Löhne sind heute auch für alleinstehende Personen viel zu gering.

Der Verband strebt die Einführung des Zeitlohnssystems! Wenn dieser Satz nicht nur auf dem Papier steht, wenn er nicht eine Verhöhnung der gesamten Kollegenschaft bedeuten soll, wird es Aufgabe des Verbandes sein, zunächst für eine zeitgemäße Entlohnung der Zeitlohnarbeiter Sorge zu tragen! Die geforderten Löhne von 62 Pf. für Hilfsarbeiter und 80 Pf. für Steinarbeiter in der Spitz sind natürlich dies zu gering. In manchen Industrien gilt heute der hier geforderte Spitzenlohn als Minimum für Hilfsarbeiter. Wenn wir auch bestimmt erwartet, daß von dieser minimalen Forderung auf keinen Fall abgegangen wird, so muß doch der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß von Seiten des Steinarbeiterverbandes in den nächsten Jahren alles daran gesetzt wird, der Einführung des Zeitlohnssystems in der Steinindustrie näherzutreten!

Auch die Oberlausitzer Granitschleifer im Streit

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter)

S Seit dem Herbst 1927 gehen die Lohnbewegungen im hiesigen Bezirk. Vor Weihnachten wurde ein Schiedsspruch gefällt, welcher Projekt für die Alltarifzölle und 10 Prozent für Zeitlohnarbeiter feststellt, der aber nicht für verbindlich erklärt wurde und mit dem auch

Rein Vertrauen zu der BAB. Bezirksleitung Waldenburg

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter)

Am Sonntag fand in Friedland eine Mitgliederversammlung der Bergarbeiterzahltelle statt. Kamerad Hoffmann gab einen Bericht von der Revierkonferenz, wobei die letzten Lohnverhandlungen stark kritisiert wurden. Hoffmann stellte ausdrücklich fest, daß er nicht für das Vertrauensvotum für die Bezirksleitung stimmte. In der Aussprache wandten sich alle Kameraden gegen die Wahl der Bezirksleitung. Im weiteren Verlauf der Versammlung las Kamerad Hoffmann die Entschließungen und Anträge der Zahltelle Seitendorf vor. Diese fanden auch in Friedland einstimigige Annahme. Zu dem Mantelarif stellte der Knappschäftsäste Krause den Antrag auf Wiedererlangung der Freilohle für Friedland. Er mußte sich belehren lassen, daß der Mantelarif durch die reformistische Bezirksleitung bereits abgeschlossen ist und sein Antrag keine Verwirklichung finden kann. Nach einer Aussprache über das im Frühjahr stattfindende Vergnügen wurde die Versammlung geschlossen.

Gegen den Lohnarif in der Holzindustrie

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter)

Die ordentliche Monatsversammlung der Bunaer Lohnarbeiter nahm die Protokolle der vorletzten ordentlichen und zwei außerordentlichen Versammlungen entgegen. Die erste außerordentliche befaßte sich mit dem Schiedsspruch, welcher anstatt der geforderten 15 Prozent Lohnhöhung, also 9 Pf., ein Zugeständnis von 4 Pf. vorlag. Einstimmig lehnte die Versammlung dieses Angebots ab. Der zweite, nahm die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches hin mit dem Hinweis auf die „horrende“ Erhöhung von einem Pfennig für die Großstädte. Das durchweg über das Versagen der Führer starke Erbitterung vorherrschte, ist demnach nur erklärlich. Beim Bericht über den Ortsausschuß wurde bekanntgegeben, daß sobald als möglich der „Potemkin“-Film im Volkshaus laufen soll. Streitig ist der Sitz des Kreisarbeitsamtes, ob Bunaer, Haynau oder Goldberg. Durch den Ortsausschuß werden 6616 Mitglieder vertreten (ohne die nichtangeschlossenen) und 600 Landarbeiter. Somit ist ein Zuwachs von rund 1000 Mitgliedern im letzten Jahre erfolgt. Arbeitslos waren rund 900 Gewerkschafter, Kurzarbeiter 142. Bemerkenswert war unter Geschäftlichem das Anstreben auf Überweisung eines Betrages aus der Volksstasse an den Wohlfonds der SPD.

Nach langer und heftiger Debatte wurde das statutenwidrige Anstreben abgelehnt.

Bolltreffer!

Werte Genossen! Zeigt auch mit, daß die Artikel aus den Betrieben sehr große Wirkung hatten. Alle Artikel kamen den Meistern in die Hände und lebt haben sie sich gebessert. Sie fürchten sich vor weiteren Veröffentlichungen. Des Artikels aus dem Betrieb... kam auch dem Betriebsleiter in die Hände. Der Erfolg war, daß einige Jungarbeiter Zulage erhielten, die sie früher niemals hatten. Ein Meister beschwerte sich beim Betriebsrat und bei dem Direktor. Der Direktor meinte, der Meister könne froh sein, da er infolge der Veröffentlichungen populär werde.

Vorstehenden Brief erhielt die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ an aufgefordert von einem ihrer Gewerkschaftsberichterstatter. Der Brief muß alle Arbeiter in den schlesischen und oberösterreichischen Betrieben ein Aufsehen sein, die vielfach unzulässige Zustände in ihren Betrieben in Berichten an die „Arbeiter-Zeitung“ zu schicken. Gewiß werden sie nicht immer die Wirkung haben, wie sie in dem oben angeführten Brief geschildert wird. Aber eins wird bestimmt nicht ausbleiben: die Kollegen werden den Bericht in der Zeitung mit Interesse lesen und werden mehr Mut haben, gegen Missstände zu kämpfen. Insbesondere wichtig ist die Veröffentlichung von Artikeln aus den Betrieben, die jetzt vor einer Lohn- oder Arbeitszeitbemerkung stehen. Dadurch informiert eine Belegschaft die andere über die Vorverhandlungen, die zu den bevorstehenden Kämpfen bereits getroffen oder in Aussicht genommen sind. Deshalb, Leser der „Arbeiter-Zeitung“ nehmen die wieder in die Hand und schreibt, so wie ihr es verkehrt über die Missstände in eurem Betrieb!

Oberschlesien

Nowak, der Grundius der Unternehmer

G. In einer Welt, in der die oberschlesischen Arbeiter vor schweren Wirtschaftskämpfen stehen, um ihre Hungerlöhne und die schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern, hält es der Vorsteher des ADGB für angebracht, lange Mittel über oberschlesische Wirtschaftsmöchte im "Volksschiff" zu verabsäumen. Für jeden nachdenkenden Menschen ist es klar, Herr Nowak will durch die Ausweitung der Wirtschaftsmöchte den Arbeitern klarmachen, daß die oberschlesischen Unternehmer beim besten Willen nicht in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen und bessere Arbeitsbedingungen einzuführen. Schon am 23. Februar begann Nowak sich als Kanzler der oberschlesischen Unternehmerschaft zu betätigen. Seine Stellungnahme zum deutsch-polnischen Handelsvertrag ist geeignet, das Mandat der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft zu verdauen. Nowak gibt offen zu, daß bei Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages eine erhebliche Einschränkung des deutsch-polnischen Bergbaus unvermeidlich ist. Herr Nowak als Beauftragter des ADGB scheint nicht zu wissen, daß im Jahre 1927 im Bergbau Rerodgauern der Produktion erreicht wurden. Er scheint auch nicht zu wissen, daß Überhöchstens verfahren werden und eine Arbeitszeit von acht bis zehn Stunden besteht. Wie wäre es, Herr Nowak, wenn Sie an Stelle des Eingeschärfes der Notwendigkeit von Entlassungen lieber die Arbeiterschaft auffordern würden, um die Siebenstundentags und den Achtsundertag zu kämpfen. Der wirkliche Sinn, weshalb Herr Nowak ein Klagespiel über die oberschlesischen Wirtschaftsmöchte anstimmt, kommt in den Schlüssen seines Artikels zum Ausdruck:

"Künstliche Steigerung der Erwerbslosenziffer, Niedergang des Wirtschaftslebens bringen naturnotwendig politische Unruhen mit sich, die besonders hier im Grenzgebiet, wo die Folgen einer widerumigen Grenzziehung noch lange nicht behoben sind, geeignet sind, das Staatsleben auf das Tiefe zu erschüttern."

Also das ist es, was Herr Nowak fürchtet. Politische Unruhen, die das Staatsleben auf das Tiefe erschüttern könnten. Nowak ist also nicht nur besorgt um die Interessen der Unternehmer, sondern auch um die Interessen des kapitalistischen Staates. Die freigewirtschaftliche Arbeiterschaft wird gut tun, solche Handlanger des Kapitals schnellstens von den Funkschläfern seines Artikels zum Ausdruck:

... der Gewerkschaftsbewegung zu entfernen. Im Artikel vom 14. März macht Herr Nowak eine ganz "neue" Entfernung.

"In immer stärkerem Maße beobachten wir bei den wirtschaftslebenden Völkern, daß sie die Interessen ihrer Wirtschaft weit vorstellen den sonstigen Interessen, als Nation oder Staat, so, daß sie ihre Staatsverwaltungen in stärkstem Maße eingestellt haben auf die Bedürfnisse ihrer Wirtschaft. Diese Entwicklung macht sich auch in Deutschland bemerkbar."

Was die Arbeiterschaft schon seit Jahrzehnten erkannt hat und was zum Kriege der marxistischen Weltanschauung gehörte, sieht Herr Nowak erst in der Entwicklung begriffen. Die Arbeiter wissen schon lange, daß der Staat nur das Werkzeug der kapitalistischen Unternehmer ist. Der Staatsapparat hat die Aufgabe, die Produktivität der Unternehmer gegenüber der aufzugehenden Arbeiterschaft zu schützen. Gerade die letzten Ereignisse in den Wirtschaftskämpfen haben bewiesen, daß der bürgerliche Staat nach der Pfeife der Unternehmer tanzt.

Herr Nowak möchte ähnlich der Propaganda "Deutsche trinkt deutschen Wein" eine Propaganda enthalten: "Oberschlesier, lauft oberschlesische Erzeugnisse". Der Beauftragter des ADGB gesäßt sich also im Internationalismus. Die oberschlesische Arbeiterschaft weiß, daß auch die oberschlesische Industrie dem Finanzkapital und der Trustbourgeoisie unterstellt wird. Gerade die elenden und niedrigen Löhne lassen es den Trustkapitalisten für geeignet erscheinen, die oberschlesische Wirtschaft den Profitinteressen dienstbar zu machen. Das alles weiß Herr Nowak, aber als guten Diener der Unternehmerschaft muß er langwierige Abhandlungen über die Wirtschaftsmöchte schreiben, um die Arbeiterschaft von den Vorbereitungen eines Kampfes abzulenken. Trotz mehrfacher Forderung, durch Belegschaften und Gewerkschaften auf Einberufung eines freigewirtschaftlichen Betriebsrätekongress hat Herr Nowak es bis jetzt nicht für notwendig befunden, die Vorbereitungen für die kommenden Wirtschaftskämpfe zu treffen. Dafür hat er aber Zeit, über die Wirtschaftsmöchte von Oberschlesien zu schreiben. Arbeiter! Duldet keine Sabotage eures Kampfes, sorgt dafür, daß am 1. April die einheitliche Kampffront hergestellt wird. Schick eure Betriebsfunktionäre zu der Konferenz am 18. März nach Hindenburg.

Also das ist es, was Herr Nowak fürchtet. Politische Unruhen, die das Staatsleben auf das Tiefe erschüttern könnten. Nowak ist also nicht nur besorgt um die Interessen der Unternehmer, sondern auch um die Interessen des kapitalistischen Staates. Die freigewirtschaftliche Arbeiterschaft wird gut tun, solche Handlanger des Kapitals schnellstens von den Funkschläfern seines Artikels zum Ausdruck:

der Kommunisten geht daher dahin, alle Fabriken und Werke als Eigentum derjenigen Klasse zu erklären, die jetzt nur für andere Reichtümer schafft.

Selbst wenn die Löhne der städtischen Arbeiter nach den Forderungen der Gewerkschaften um 15 % erhöht würden, so macht das für 200 Arbeiter im Jahr etwa 72 000 Mark. Also bliebe immer noch ein Reingewinn von über einer halben Million. Man könnte also, wie dieses Beispiel zeigt, hohe Löhne zahlen und trotzdem die Überschüsse für die Allgemeinheit nutzbar machen. Damit ist schlagend widerlegt, was die Unternehmerschaft immer gern der Arbeiterschaft einreden möchte. Wenn sie nicht mehr da sind, dann muß der Betrieb stillstehen, denn die Arbeiterschaft kann ohne sie einfach nicht leben. Das ist die Philosophie für Dumme. In Russland durch die Praxis seit 10 Jahren widerlegt. Wenn die Arbeiterschaft sich durch die Revolution in den Besitz der Produktionsmittel setzt und durch ihre Beauftragten die Leitung der Betriebe selbst in die Hand nimmt, so kommen ganz andere Leistungen heraus, als wenn ein kapitalistischer Unternehmer den Betrieb in der Hand hat, da sie dann und ihre Klasse die Vorkämpfer des Ertrages ihrer Arbeit sind.

A 15. März täglich Stempeln!

Keine zwei Monate Erleichterung im Stempeln, und schon wieder müssen die arbeitslosen Kollegen täglich zum Arbeitsamt gehen. Warum das erleichterte Stempeln? Die Kommunisten in den Gewerkschaften! Diese oppositionellen Gewerkschaftler stellen gleichfalls den Antrag auf einen Erwerbslosenausgleich beim ADGB, welcher auch angenommen wurde. Das war am 7. Januar 1928. Bis heute wird dieser Antrag von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern sabotiert. Die Arbeiterschaft sind weiter, bis auf die Unterstützung einiger

fortschrittlicher arbeitsschöner Kollegen, der Willkür ausgesetzt. Anstatt daß der Sozialdemokrat Nowak die Arbeiterschaft sowie die Gewerkschaften mobilisiert hätte, herrschte tiefer Schlaf in seinem Lager. Die Unbill des täglichen Stempelns dürfen wir aber trotzdem nicht aus uns nehmen. Andere Orte, der weitgrößte Teil sogar, hat verstreut und oft gar keine Meldung. Dort erhalten die Arbeiterschaften noch kommunale Zuwendungen. Warum soll das nicht in Oppeln gehen? Soll das an der Bildung einiger Verwaltungssphären scheitern? Gewiß nicht; es wird nur an dem Druck liegen, den die Arbeiterschaften, die Arbeiterschaft, auf diese Institutionen ausüben.

Was ist zu tun? Der Zusammenschluß, wie er in den vergangenen Jahren bestand, muß wieder vollständig hergestellt werden. In den Gewerkschaften müssen die Hintertreiber der oppositionellen, im Interesse der Arbeiter liegenden Verbesserungsvorschläge besiegt werden. Für die Arbeiterschaft eine jeder Situation gewachsene Führung herstellen. Einmalige Verbindung mit den im Betrieb liegenden Kollegen halten, sie in ihren jetzt steigenden Kämpfen unterstützen. Diese breite Kampffront wird auch unser Glück einmal besiegen können. 3.

Cosel

Strassenbauarbeiter, erwacht! In letzter Zeit beginnen die Straßenbauarbeiten des Kreises Cosel. Es ist von Bedeutung, wenn wir uns die deutsch-nationale Handlungswelt des Kreisbaumeisters Mal näher betrachten. Hier besteht der niedrigste Tariflohn von 48 Pf. Eine längere Zeit davon leben, heißt langsamer Selbstmord. Der deutsch-nationale Kreisbaumeister bezahlt die Arbeiter unter Tarif. Bei zehnständiger Arbeitszeit verdienen die Arbeiter 4 Mark pro Tag. Auch die kleine Weihnachtshilfe wurde den Straßenbauern entzogen, obwohl sie diese alle Jahre erhalten haben. Dafür wird aber ein dritter Straßenmeister angestellt. Wie ist das möglich, daß diese Arbeiter sich in der größten Notlage befinden. Es ist uns noch in aller Erinnerung, als wir uns gewerkschaftlich organisierten wollten, daß Kreisbaumeister Mai die größte Mühe anwendete, um dies zu verhindern. Leider ist es ihm gelungen, und die Arbeiter ernien somit die Früchte. Hier steht nun wieder der eine Weg vor uns, gewerkschaftlich organisieren, wenn wir die standeslosen Zustände beseitigen wollen. Wir rufen den Straßenarbeitern nochmals zu: Wann endlich werdet ihr die Gleichmäßigkeit ablegen und den Weg des Klassenkampfes betreten. Fordert die Nachzahlung des unter Tarif gezahlten Lohnes und reiht euch ein in die Reihen der Kämpfenden.

Kreuzburg

Der längst bekannte ehemalige Kreisausschüßleiter, jüngerer Geschäftsführer des Arbeitsamtes Kreuzburg DS, hat mit seinem provozierenden Auftreten bis jetzt noch nicht aufgehört. Meistens gegenüber solchen, die schon als "rote" bekannt sind, z. B. wird jeder von ihm, sei es bei einer kleinen Anfrage, derartig angestrahlt, daß er ohne jegliche Antwort abziehen muß. Der Gemeindeleiter, Zentrumsmann, hat auch nicht gern, daß die "Arbeiter-Zeitung" im Arbeitsamtgebäude verfaßt wird, so daß ein Schutzpolizebeamter zu Hilfe geholt werden müßte, damit diesem Verläufer es verboten würde. Auch in der Vermittlungsstelle werden eilichen Kumpels lebhafte Worte an den Kopf geworfen, zumal die Kumpels lange Zeit auf ihre paar Groschen in dem kalten Flur warten müssen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Oppeln

- Freitag, 16. März, 19 Uhr, die Versammlung fällt aus und wird auf später verschoben.
- Sonnabend, 17. März, 19 Uhr, Versammlung C. d.
- Sonntag, 18. März, 10 Uhr, Berichterstatter- und Volksvertretung im Schützenhaus.

Oppeln, Sonntag, 18. März, 15 Uhr, Funktionärsfahrt im Schützenhaus.

Sonntag, 18. März:
Ratibor, Note Hilse. Borsig, 10 Uhr Mitgliederversammlung Lolal, "Kaisertonne".

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln, Sonnabend, 17. März, 19.30 Uhr, Bildungsabend im Schützenhaus.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal zum "Grafen Moltke", Bahnhofstraße 34. Zusammenkunft zur Besprechung der Tagesfragen. Gäste willkommen.

Sosnowitz, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonntag 15 Uhr Mitgliederversammlung bei Sosnowitz. Gäste willkommen.

aus Nebenmut, ohne gezwungen zu sein, Holz aus dem Walde holt? Gewiß nicht. Diese Leute können eben nicht einsehen, warum sie in der Nähe des Waldes in ihrer Stube sitzen sollen.

Dienigen, welche wegen Fahrlässigkeit oft das erstenmal von zweit bis sechs Wochen mit dem Gefängnis Bekanntheit machen, bilden die nächstjährige Gruppe. Ihr ganzes Verbrechen besteht darin, daß sie in den meisten Fällen, um sich Arbeit zu suchen, ohne Fahrt die Grenze überschritten haben. Derartige Verhandlungen nehmen nur wenige Minuten Zeit in Anspruch und der Richter ist mit seinem Urteil schnell fertig. Die nationalen Grenzfähre verhelfen so allein durch ihren Bestand jährlich tausenden sonst vollkommen unbescholtenen Menschen zu Gefängnisstrafen und ebenso manchem dadurch den Weg zum Verbrecher. Darüber macht sich von den hertzschenden Freien niemand Gedanken, und wie ein Hohn Klingt es, wenn jedes dieser Urteile: "Im Namen des Volkes" verurteilt wird.

Unter den Frauen und Mädchen findet man auf dem schwarzen Brett, welches über den Zellenlösen Auskunft gibt, als Strafdelikt den „F i n d e s o r t“ aussalend häufig. Die Motive zu einer solchen Tat sind fast immer die gleichen. — Die bange Sorge, wo soll die Mutter mit dem Kind hin? — Ein Mädchen, 24 Jahre alt, in Stellung, die sie aufgeben mußte, entbindet in dem Institut. Nach acht Tagen muß sie dort raus. Wohin? Die schwachen Füße tragen sie, mit dem Kind im Arm, notdürftig eingewickelt, in der Richtung des elterlichen Dorfes. Unterwegs meintigt sie die Erinnerung, daß ihr Vater und Mutter indirekt oft zu verstehen gegeben haben, sie sollte sich niemals etwa erlauben, mit einem unehelichen Kind die Schwelle zu betreten. Der Gedanke, unmöglich so nach Hause zu kommen, bringt das Mädchen in ihrer Verzweiflung zu dem Entschluß, im Walde, durch den sie der Weg führt, das Kind in einen Wasserfall zu werfen. — Die göttliche Gerechtigkeit, verkörpert in der deutsichen Justiz, nimmt bald ihren Lauf; — drei Jahre Gefängnis!

— „Im Namen des Volkes!“ Wer gehört in Wirklichkeit ins Gefängnis? Das Mädchen, die Eltern oder diesenjenigen, die erst kürzlich im Reichstag 80 Millionen für einen Panzerkreuzer bewilligten und kein Geld haben, hier hellebend aus Mitteln des Staates einzuziehen? Der Staat lämmert sich also nicht und fördert so das Verbrechen, ja er bestraft sogar diejenigen, die irgendwo gegen einen unerwünschten „Findesort“ unternehmen und dadurch den größten Rat aus dem Weg geben wollen. 90 Prozent, die heute Gefangenisse und Zuchthäuser füllen, sind durch die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung auf die Bahn des Verbrechens gedrängt worden, davon hat mich die Praxis meiner vierjährigen Tätigkeit als Gefangene bewußt vollkommen überzeugt.

G. In einer Welt, in der die oberschlesischen Arbeiter vor schweren Wirtschaftskämpfen stehen, um ihre Hungerlöhne und die schlechten Arbeitsbedingungen zu verbessern, hält es der Vorsteher des ADGB für angebracht, lange Mittel über oberschlesische Wirtschaftsmöchte im "Volksschiff" zu verabsäumen. Für jeden nachdenkenden Menschen ist es klar, Herr Nowak will durch die Ausweitung der Wirtschaftsmöchte den Arbeitern klarmachen, daß die oberschlesischen Unternehmer beim besten Willen nicht in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen und bessere Arbeitsbedingungen einzuführen. Schon am 23. Februar begann Nowak sich als Kanzler der oberschlesischen Unternehmerschaft zu betätigen. Seine Stellungnahme zum deutsch-polnischen Handelsvertrag ist geeignet, das Mandat der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft zu verdauen. Nowak gibt offen zu, daß bei Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages eine erhebliche Einschränkung des deutsch-polnischen Bergbaus unvermeidlich ist. Herr Nowak als Beauftragter des ADGB scheint nicht zu wissen, daß im Jahre 1927 im Bergbau Rerodgauern der Produktion erreicht wurden. Er scheint auch nicht zu wissen, daß Überhöchstens verfahren werden und eine Arbeitszeit von acht bis zehn Stunden besteht. Wie wäre es, Herr Nowak, wenn Sie an Stelle des Eingeschärfes der Notwendigkeit von Entlassungen lieber die Arbeiterschaft auffordern würden, um die Siebenstundentags und den Achtsundertag zu kämpfen. Der wirkliche Sinn, weshalb Herr Nowak ein Klagespiel über die oberschlesischen Wirtschaftsmöchte anstimmt, kommt in den Schlüssen seines Artikels zum Ausdruck:

Hinter den roten Manern

Sonntag Girndt, Oppeln.

Hinter den roten Gefängnismauern ist der Spiegel der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu finden. Davor macht das Oppelner Gefängnis keine Ausnahme. Außer den monatlichen und vierzehntäglichen Besuchen, in einem besondern Sprechzimmer unter Aufsicht eines Beamten, haben sehr wenig Menschen Gelegenheit, hinter die eisernen Gardinen zu schauen. Wen wundert es da, daß schon alljährlich Übergriffe vorgenommen sein mögen und noch keiner vorwurfen. Die öffentliche Kontrolle war so gut wie ausgeschaltet, und allein dieser Umstand möglicht die Aufsichtsbeamten in die Vergewaltigung bringen, hier und da etwas mit den Gefangenen zu tun, was bei denjenigen mit langen Strafen, ja vielleicht lebenslänglichen, wie Freiheit hatte, in der Offenheit bekannt zu werden.

Daher wählen seit 1920 die Stadtverordnetenversammlungen Anträge, die das Recht haben, jederzeit mit den Gefangenen auch ohne das ein Beamter dabei ist, in den Zellenräumen zu nehmen. Endlich haben diese Anträge wenig Beweitung, weil der von dem bürgerlichen Parlament ausgeschlagene Einschluß, in all seinen Einzelheiten, angefangen von den wenigen Gramm der Zeitstrafe bis zu der auf die Minute festgelegten langen Freiheitsstrafe, in allen Einzelheiten genau festgelegt ist. Die Bibliothek enthält wenig oder gar keine Bücher, die den fortgeschrittenen Arbeiter befriedigen. Haben die Gefangenen besondere Wünsche, ja ist wohl der Gefangenensatzberatung berechtigt, diese entgegenzubringen, aber selbst die befriedigendsten dieser Wünsche fähren, ist kaum möglich. Niemand hat einmal ein Gefangener, er wollte gern ein Buch über das Deutsche Reich lesen. Ich überlege mir sehr lange, welches von den vielen dieser Art Ansicht hätte, der Senator des Vorsteher und ebenfalls des Unternehmensrichters zu genügen. Ich entschloß mich daher zu dem Bericht der englischen Gesellschaftsdelegation, welcher in seiner Beziehung einen kommunistischen Standpunkt hat. Die Engländer haben so lange daran herumgelegen und geprüft, bis der Gefangene, für den das Buch bestimmt war, entlassen worden war. Kommunistische Zeitungen und Bücher zu lesen ist verboten, aber selbst sozialdemokratische Schriften habe ich noch nicht gefunden.

Einmal ist mir das Gefängnis der Spiegel der bestehenden Gesellschaftsordnung? Die Mehrheit oder wenigstens ein beträchtlicher Prozentsatz ist wegen Dienstbüro, und darüber die meisten wegen Verdrießlichkeit. Hat man schon einen Fall erlebt, wo jemand

Oppeln

Was werfen die südlichen Betriebe in Oppeln an Überhöhung ab

Die südlichen Betriebe hatten im Jahre 1927 nach der eben fertiggestellten Bilanz folgende Überhöhung:

Kunststoff	1 473 M.
Stadtziegelei (1926 = 6000)	15 000 M.
Barmbeckmahl	1 205 M.
Sachswerk	80 000 M.
Fleischwaren	365 000 M.
Wasmal	122 000 M.
	587 578 M.

Rechnet man zu diesem Reingut, die 200 000 M. hinzu, die an Zinsen und Kapitalzins für die Unternehmehre ausgezahlt werden müssen, so ist aus den südlichen Betrieben die nette Summe von 750 000 M. herausgezahlt worden. Dabei sind natürlich außerdem berücksichtigt hohe Abschreibungen vorgenommen worden, ebenso entgegengesetzte Rümlagen. Bekanntigt sind in den südlichen Betrieben insgesamt etwa 200 Arbeiter und etwa 150 Beamte und Angestellte. Doch dieser berücksichtigungswürdig hohe Überhöhung hatte noch für die südlichen Arbeiter bei der letzten Gehaltsverhandlung ganze 2 Prozent abzög. Die Angestellten sind heute noch nicht im Stande, nach je einem Gehalt bekanntzustellen. Dafür hat nun den Bürgermeister bei der Gehaltsverhandlung nichts mehr angelegt.

Wurden alle Betriebe, Gemeinschaften, Parteien und andere größere Betriebe im Zeich der Allgemeinheit sein, so ist an dem Beispiel der wenigen südlichen Betriebe zu sehen, welche Mittel in Form von Überhöhung der allgemeinen Kapitalzinsung zur Verfügung ständen. Die kapitalistischen Eltern liegen hier am ehesten überhöhte in die Taschen weniger Unternehmer. Die Zins-

Heute 20 Uhr im Zentralballsaal Westendstraße 50 Märzgefallenen-Feier

Roté Revue, 5 Bilder — Recitationen von Josef Reim — Ansprache des Genossen Dombrowski — Musikkorüge der RFB-Rapellen
Eintritt 20 und 30 Pfg. Die Abteilungen des RFB rückt geschlossen an

Breslau

Die SPD-Mitglieder beruhigen sich nicht!

Am Montag und Dienstag fanden die Abteilungsversammlungen der Sozialdemokraten statt. Nach den uns zugegangenen Berichten ist es dort zu schweren Auseinandersetzungen über die Stadtverordnetenliste sowie die Gesamtpolitik der SPD gekommen. Tumultzenen, ähnlich den Vorgängen in der Generalversammlung der SPD, ereigneten sich. Wir werden am Sonnabend in unserer Wochenausgabe ausführlich berichten. Unsere Leser tun gut, über den Bericht mit sozialdemokratischen Arbeitern zu diskutieren!

Geheimnisvolles Verschwinden von vier jungen Breslauern!

Vermisst werden seit dem 11. März die Hausangestellte Walli Speck, am 29. Januar 1911 zu Breslau geboren, hier, Michaelisstraße 80, bei den Eltern wohnhaft gewesen, 1,75 Meter groß. — Ferner die Hausangestellte Gertrud Wilde, am 24. März 1912 in Breslau geboren, hier, Altbürger Straße 14, bei den Eltern wohnhaft gewesen, 1,60 Meter groß. In Begleitung der Speck befindet sich der 21 Jahre alte Bahnassistent Hans Lepkert, hier, Herzogstraße 34, bei den Eltern wohnhaft. Der Begleiter der Wilde ist der 19 Jahre alte Kurt Specker, hier, Döllner Straße 11 wohnhaft gewesen. Alle Personen, die sich mit Selbstmord gedanken tragen, sind am 11. März, gegen 22 Uhr, in einem kleinen Hotel, das zugelassen worden.

Die Kommunisten zum Breslauer Staat

In der heutigen Stadtverordnetensitzung wird Genosse Umnö die Stellung der Kommunisten zum diesjährigen Staat darlegen. Wir werden morgen in einem ausschriftlichen Bericht die Rede wiederholen und machen schon heute unsere Leser darauf aufmerksam, sich die Ausführungen unseres Genossen anzuschauen und für den Wahlkampf aufzuhören.

Der Magistrat will das Schulgeld erhöhen

Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: „Wir bitten ergeben um Zustimmung, daß das Schulgeld vom 1. April 1928 ab an den städtischen höheren und Mittelschulen wie folgt festgesetzt wird:

	erstes	zweites	drittes Kind
höhere Schulen	200	150	100 Mark
Mittelschulen	90	72	48 "

für auswärtige Kinder:

	erstes	zweites	drittes Kind
höhere Schulen	250	187,50	125 Mark
Mittelschulen	120	90	60

Die vierten und weiteren Kinder desselben Erziehungsberechtigten bleiben Schulgeldfrei.“

Dieser Antrag ist die Antwort auf eine im vorigen Jahre von den Kommunisten geforderte Staffelung der Schulgelder nach dem Einkommen der Eltern. Der Ausschluß empfiehlt, der Schulgelderschöpfung für höhere Schulen zuzustimmen und die für Mittelschulen abzulehnen. Die kommunistische Fraktion wird von neuem auf ihren vorjährigen Antrag hinweisen.

Invalidenversammlungen. Die in der vergangenen Woche abgehaltenen vier Mitgliederversammlungen wiesen sehr guten Besuch auf. Das Geschrei derselben Kreise, die Gegenreichen Ausbaues der Sozialgesetzgebung sind, hat bei den Alten, die sich in tausendfach größerer Not befinden als die „armen Großgrundbesitzer“, ein Sturm der Entrüstung hergerufen. Im Gewerkschaftshaussaal, wo Kollegin Rothet den Bericht vom Gautag erstattete, war gleichzeitig Gelegenheit gegeben, eine Filmveranstaltung mit Vortrag über das Versicherungswesen entgegenzunehmen. Im Hubertusaal referierte Kollege Seibt, bei Bräu, Gabitzstraße, Kollege Himmel und im Feldschloß Kollegin Majunke über den Gautag. Anschließend an die Berichte wurde zu verschiedenen Tagesfragen Stellung genommen. Eine nicht unbedeutende Anzahl neuer Mitglieder meldeten sich zum Beitritt. An dieser Stelle sei auch dem Arbeiter-Sportkarte besonderer Dank für die des österre angestellten Freifarten ausgesprochen. — Rat und Kunst erließ: Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen (Gau Schlesien), Breslau, Margaretenstr. 17.

Vom Schwurgericht. Am Montag, dem 19. März, begann unter Vorsitz des Landgerichtsrats Steffen die zweite diesjährige Schwurgerichtssitzung. Als Geschworene wurden einberufen: Brauerbesitzer Hübner, Gewerkschaftsangestellter Vossog, beide aus Breslau; Tischlermeister Görlitz-Brodau, Rittergutsbesitzer Hirschel-Wischow a. N., Werkmeister Wotan-Carlowitz und Fabrikbesitzer Lieb-Dohrnburg. Zur Verhandlung wurden bisher nur zwei Straftaten angezeigt und zwar für den 19. März gegen die Ehefrau Anna Fleißig wegen „Verbrechens gegen das leimende Leben“, am 20. März gegen den Ackerländer August Krause vom Domänen Riegen, Kreis Wohlau, und gegen die landwirtschaftliche Arbeiterin Klara Krause wegen wissentlichen Neineids. Borausichtlich werden noch eine weitere Anzahl Straftaten zur Verhandlung kommen.

Großer Erfolg der Volksfürsorge. Wir haben unseren Lefern wiederholt von den Fortschritten, die die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungskontingenztgesellschaft macht, Kenntnis gegeben. Rund 35 000 Versicherungsanträge wurden in der letzten Zeit monatlich bei der Volksfürsorge gestellt. Im Februar d. J. ist eine Rekordzahl erreicht worden; denn mehr als 43 000 Anträge zur Volts- und Lebensversicherung sind in diesem Monat beim Hauptbüro der Volksfürsorge in Hamburg eingegangen. Ein schönes Resultat!

4000 Mark in Goldgeld gestohlen. In diesen Tagen wurden aus einer Wohnung in der Hardenbergstraße für etwa 4000 Mark Goldgeld, und zwar in 20-Mark- und 20-Franc-Stücken aus dem Besitz einer älteren Frau gestohlen. — Ein zweiter großer Diebstahl wurde in einer Lungenfürsorgestelle auf der Striegauer Straße, wahrscheinlich von einem Taschendieb, verübt. Einer Fürsorgeschwester wurde eine Geldtasche gestohlen, in der sich fünf kostbare goldene Ringe im Gesamtwert von 3000 Mark befanden.

Zollzei und Eingemeindung

Neue Teilung der Abteilungen und Reviere

Breslau, 15. März.

Neben die Neuordnung der polizeilichen Verhältnisse nach der Eingemeindung heißt es in einer (uns allerdings nicht zugegangenen) offiziellen Information:

Die von der Breslauer Polizei eingereichten Vorschläge für eine Neuverteilung der Reviere auf Breslau und seine neu eingemeindeten Vororte sind nunmehr von der Regierung genehmigt worden und sollen demnächst in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Im wesentlichen handelt es sich bei der Neurenteilung um die Zusammensetzung benachbarter Reviere der Innenstadt und um eine räumliche Erweiterung der Vorstadtreviere, um den polizeilichen Wirkungsbereich ohne Vergrößerung des Beamtenapparates auf das gesamte neue Stadtgebiet ausdehnen zu können. Die nach Nummern bezeichneten alten Polizeipositionen werden künftig ihrer Lage gemäß, als Polizeipositionen Mitte, Ost und West bezeichnet werden und umfassen die Reviere 1 bis 11, 12 bis 19, und 20 bis 28.

Die Inspektion Mitte (bisher 1. Inspektion) unter Polizeimajor Simon wird geblieben aus dem 20. Revier: zwischen Altstadt, Kaiser-Wilhelm-Straße, Elsässer Straße, Brunnenstraße und Bohmstraße; 21. Revier: zwischen Leopoldstraße, Löbkestraße, Umgebungsbahn und Hubenstraße; 22. Revier: von Bahnunterführung Brüderstraße südlich einschließlich Orlitzy; 23. Revier: das Gebiet östlich der Linie Bahnunterführung Brüderstraße, Mauritiusplatz bis ausschließlich Böhl und Klein-Tschansch; 24. Revier: umfassend Böhl, Klein- und Groß-Tschansch, Pitschen und Ottowitz; 25. Revier: umfassend das Gebiet zwischen Waschbach, Freiheitsbrücke, Ober, also Oder, Fürstenbrücke; 26. Revier: umfassend Wilhelmsbrücke, Grüneiche, Böhschowasade, Barthelm und Gimpel; 27. Revier: zwischen Alter Oder, Fürstenbrücke, Michaelisstraße und Trebnitzer Platz; 28. Revier: umfassend Carlott, Rosenthal, Glittental, Markgrafenstraße, Scheiniger Straße, Orlitzstraße über Oder nach städtischen Betriebswerken, Orlau, Mauritiusplatz.

Die Inspektion West (bisher 3. Inspektion) unter Polizeimajor Miguall enthält: 12. Revier: die Umgebung des Reichspräsidentenpalastes; 13. Revier: Gelände südlich Käffnerstraße, Stech-

straße, Bohmstraße einschließlich Kleinburg, Kietern und Hartkell; 14. Revier: Gelände westlich Vorstraße, Opitzstraße und Augustastrasse, einschließlich Gräbchen; 15. Revier: das Gebiet um den östlichen Teil der Frankfurter Straße, einschließlich Bahnhof Görlitz und Schlachthof; 16. Revier: umfassend das Gebiet um den Leopoldplatz östlich des Bahnhofs Görlitz; 17. Revier: umfassend das Gebiet nordwestlich des Oberbahnhofs, einschließlich Orlitz; 18. Revier: umfassend die Vororte Klein-Rosenthal, Klein-Gandau und Rosel; 19. Revier: umfassend die Vororte Deutsch-Pissa, Rosenthal, Goldschmieden, Neulrich, Schmiedesdorf, Maria-Hilf, Pitschn, Klein- und Groß-Masselsitz, Herrnposta und Stadelsitz.

Die Inspektion Ost (bisher 2. Inspektion) unter Polizeimajor Simon wird geblieben aus dem 20. Revier: zwischen Altstadt, Kaiser-Wilhelm-Straße, Elsässer Straße, Brunnenstraße und Bohmstraße; 21. Revier: zwischen Leopoldstraße, Löbkestraße, Umgebungsbahn und Hubenstraße; 22. Revier: von Bahnunterführung Brüderstraße südlich einschließlich Orlitz; 23. Revier: das Gebiet östlich der Linie Bahnunterführung Brüderstraße, Mauritiusplatz bis ausschließlich Böhl und Klein-Tschansch; 24. Revier: umfassend Böhl, Klein- und Groß-Tschansch, Pitschen und Ottowitz; 25. Revier: umfassend das Gebiet zwischen Waschbach, Freiheitsbrücke, Ober, also Oder, Fürstenbrücke; 26. Revier: umfassend Wilhelmsbrücke, Grüneiche, Böhschowasade, Barthelm und Gimpel; 27. Revier: zwischen Alter Oder, Fürstenbrücke, Michaelisstraße und Trebnitzer Platz; 28. Revier: umfassend Carlott, Rosenthal, Glittental, Friedenswalde, Rosenthal-Friedewalde, Gundsfeld und Schwoitsch.

Die Vororte Klein-Tschansch, Stadelsitz, Groß-Masselsitz, Rosenthal und Schwoitsch erhalten Landjägerposten.

Heraus am Sonntag zur Demonstration zu den Gründern der Märzopfer

Die Abteilungen des Roten Frontkämpferbundes treten um 11 Uhr (außer Abt. 2 und 4, die um 10,30 Uhr antreten) an folgenden Stellen an:

- Abt. 1: „Zur Eisenbahn“, Brüderstraße 79.
- Abt. 2: Bauschulplatz.
- Abt. 3: Matthiasplatz.
- Abt. 4: Angerheim, Leuenhafenstraße.
- Abt. 5: Janke, Friedrichstraße 41.
- Abt. 6: Ebendorf.

Alle Parteigenossinnen und -genossen, alle Mitglieder der Roten Hilfe und der anderen verbündeten Organisationen, sowie sämtliche Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und Sympathisierende nehmen an der Demonstration teil!

Hauptamphitheater: Neumarkt. Abmarsch vom Neumarkt: 11,45 Uhr.

Handlungen gegen den Gebärzwangsparagraphen erst ins Gefängnis und schließlich ins Ausland treibt.

Auf der schmalen Basis zweier Einzelschicksale eines — Frauenarztes und einer Kleindame, die keineswegs aus zwingenden sozialen Gründen die Hilfe des Frauenarztes in Anspruch nimmt, wird die Anklage gegen die Gesellschaftsordnung zu einem gefährlichen Disput im Salon. Nur der dritte Alt mit seiner sehr gelungenen Belebung eines Lumpchens von Gräfle ist wirksam und entscheidet den Bühnenerfolg des dramatisch schwachen Werkes, an dem die von Dr. Engel geleitete Aufführung mit Kurt Ehrl in der Hauptrolle, Rudolf Platte als Gräfle, Therese Schlesser als Frau von Carlow und Magda Simon den größten Anteil hat.

Breslauer Volksbühne. Alle Mitglieder erhalten in der Geschäftsstelle für die bis 16. d. M. noch im Thalia-Theater vorgeführten Vorstellungen von „Der Heger“ Gastkarten zum Einheitspreis von 1,75 Mark.

Schwöitsch. Kameradschaftsfeier des RFB. Sonnabend findet ein Kameradschaftsfeier der Ortsgruppe Schwöitsch des RFB im Volks von Jappe statt. Es werden alle Kameraden der umliegenden Ortsgruppen eingeladen. Einlaß 19 Uhr.

Versammlungskalender

An alle Ortsgruppen der Partei

Die für Sonntag, den 18. März, angezeigte Unterbeiratssitzung der Partei fallen infolge einer in Berlin stattfindenden Reichspartei- und Arbeiterkonferenz aus. Sie finden daher am 1. April statt.

Parteiveranstaltungen

Breslau. — Stadtteil 1 (Ost). Freitag 20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung Restaurant Webskyloß, Webskyloßstraße. Mitgliedsbuch mitbringen.

— Stadtteil 2. Freitag 19 Uhr bei Kommerklich, Trebnitzer Straße 15, Stadtteilleitung, 20 Uhr Gesamtunterbeiratssitzung.

— Stadtteil 4. Freitag 20 Uhr Besslenversammlungen. 1 — bei Janke, Friedrichstr. 41. 2 — bei Schneemann, Sadowastraße 8. Friedland. Sonnabend 20 Uhr im „Aukter“ Verzählung. RFB, Sympathisierende und Zeitungsleser sind eingeladen.

Schwöitsch. Donnerstag 20 Uhr in der „Stadt Breslau“ Funktionärskonferenz alle Organisationen. Tagessitzung: „Der 1. Mai.“ Anschließend wird der neue Ortsbildberapparat ausprobiert. Grünberg. Donnerstag 19,30 Uhr im Volks „Goldener Frieden“ Mitgliederversammlung. Alle Neuauftakten erscheinen!

Kommunistischer Jugendverband

Breslau. — Nord. Freitag 20 Uhr bei Heidenreich, Kreuzstr. 36, Funktionärsitzung.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Abt. 6. Donnerstag 18,30 Uhr Antreten bei Janke, Friedrichstraße 41.

— Abt. 2. Donnerstag 19,15 Uhr Bauschulplatz Antreten mit der Roten Jungfront. Sonnabend 19 Uhr Antreten Laurentiusstraße zum Kameradschaftsfeier nach Schwöitsch.

— Abt. 3. Donnerstag 19 Uhr Antreten Waterlooplatz. Musik zur Stelle.

RFB. Abt. West — Süd — Zentrum. Donnerstag 19,30 Uhr bei Altmäser, RFB. Kameradschaftsabend. Donnerstag 19,30 Uhr bei Genossin Jahn, Charlottenbrunner Straße 58.

Sonstige Organisationen

Freiwillige Gemeinde. Freitag 19,30 Uhr im Weißgerberdorf, Weißgerberdorf. Mitgliederversammlung.

Weiber-Salzbrunn. Freitagsvergnügen. Freitag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im „Biehlig“.

Reichsbund für den politischen Teil. Mutter Dombrowski, Dr. Dombrowski und Waldenburg, Wilhelm Bleibtreu 11, Breslau. — Für den politischen Teil Breslau, Dr. Dombrowski und Waldenburg, Wilhelm Bleibtreu 11, Breslau. — Für den politischen Teil Breslau, Dr. Dombrowski und Waldenburg, Wilhelm Bleibtreu 11, Breslau.

Waldenburger Bergland

Eine neue hei'quelle in Charlottenbrunn

Aus der Sitzung des Charlottenburger Gemeinderats. — Für das Bad der Werktätigen hat die Regierung kein Geld übrig.

In der letzten Gemeindevertretersitzung in Charlottenbrunn wurde von der Brunnenbohrung Kenntnis genommen. Der Brunnen ist 66 Meter tief und ließt reichlich Mineralwasser zur Nutzung von Mineralien, Salzen, Glasenleiden usw. Er soll vorläufig verdeckt werden. (Kostenaufwand 4500 Mark). Die Ruharmachung der Quelle kann erst später erfolgen, wenn Mittel vorhanden sind. Es soll versucht werden, eine Hilfe von der Regierung zu erlangen. Ebenfalls soll die Provinz aufgefordert werden, so schnell wie möglich die Pflichtsetzung der Haupstrasse in Angriff zu nehmen.

Wir zweifeln daran, daß die Bürgerbündesregierung so schnell für Charlottenbrunn eingesprungen wird. Es sind dort für die obersten Betriebe keine Bergnützungsstellen vorhanden, und für die proletarischen Freuden ist nach Aussicht der Regierung die alte Quelle und die städtische Straße gut genug. Dagegen hat die Regierung für Kirchenbauten viel. Dieses Jahr soll in Blumenau und nächstes Jahr in Charlottenbrunn je eine katholische Kirche gebaut werden. Eine reg. Debatte rief die Gruppierung der Beamten hervor. Die Kommissionssitzungskräfte Kuppell (bürgerlich) und Reimann (SPD) haben sich wohl nach der Vorlesung der Beamten erstaunt, aber nicht, was sie für Arbeit haben und lassen. Als der Vertreter der Beamten mit Material herauskam, geriet der SPD-Mann in eine Raserei. Daraus konnte man schließen, daß die SPD nicht fähig ist, praktisch in den Kommissionen zu arbeiten. Von einem Erlass eines Ortsstatuts über die Beamtenbefördung wollten die Bürgerlichen wie die Sozialdemokraten nichts wissen. Die drei Beamten sind nicht in die gewünschte Gruppe hingelöscht und werden nun den Flügel beschreiten. Die Regierung der Angestelltengehälter wurde vertagt. Unser Genosse protestierte dagegen. Die Staatsüberschreitung bei verschiedenen Titeln rief eine große Unruhe hervor. Genosse Rose erinnerte an das famose Erwerbslosengefetz, das unsere Gemeinde mit über 700 Mark mehr belastet. Wegen der 2340 Mark brachte seiner Angst zu haben, daß ein fünftes Steuererließjahr eingeführt werde. Die Arbeiter sollen bei der diesjährigen Staatsvertratung auf der Hut sein, damit die Belohnung nur den Besitzenden ausserlegt wird. Am Schluss wurde davon Kenntnis genommen, daß die Bahndirektion Breslau die Beleuchtung des Bahnhüttenganges am Karlsbahnhof abgelehnt hat. An die öffentliche Schule sich eine geheime Sitzung an.

Groß-Waldenburg

Ehrt die Bürgergesellene!

Auf nach Börengrund in Jakobs Gasthaus! Besuch die Veranstaltung der Kommunistischen Jugend am Sonntag, dem 18. März. Das Programm enthält u. a. zwei Theaterstücke. Im ersten Teil wird gegeben: „Saalt“, soziales Drama in einem Akt. Im zweiten Teil „Die Rose Fahne“, Drama in drei Akten. Alle klassenbewußten Arbeiter, insbesondere unsere Freier, sind hiermit freundlich eingeladen. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose und Invaliden 30 Pf. Beginn 19 Uhr.

Achtung Erwerbslose in Waldenburg und Altmoos! Auf den letzten Antrag erhalten die Erwerbslosen in den Lohngruppen 6 u. 7 Lebensmittel, Holz und Kohle (soweit sie noch keine erhalten haben). Die Edigen und diejenigen, denen Gesamtunterstützung die Gruppe 6 und 7 übersteigt (Beispiel: wenn Mann und Frau Unterstützung beziehen oder der Erwerbslose Rentenempfänger ist) haben keinen Anspruch.

Das Waldenburger Arbeitsamt im Reiche voran. Ein Erwerbsloser schreibt mir: Vor einiger Zeit wurde ein Fräulein in die Mutterer Pohl in Altmoos überwiesen. Sie sollte einen Wochenlohn von 5 Mark erhalten. Da sie aber 7,50 Mark Erwerbslosen erhält, glaubte sie, die Arbeit ablehnen zu dürfen. Das Arbeitsamt sperrte darauf die Unterstützung, so daß sie gezwungen wurde, wenn sie nicht arbeiten wollte, das Wohnsitzamt in Anspruch zu nehmen. Weiterhin wurden mehreren Frauen die Unterstützung entzogen, weil sie es wagten, die Arbeit als Reiseende für eine Firma abzulehnen, die mit Einwohnerhandel handelte, weil keine Abkommen möglichkeiten vorhanden waren. Wir hoffen, daß diese Verhältnisse bald eine Änderung erfahren.

Schmalenbach soll Stadtrat werden. Für den an das Oberbergamt nach Freiburg versiegten Bergrat Weißleder wurde der Vertreter der Industrie, Obermarktschreiber Schmalenbach, von den Bürgern als unbescholtener Stadtrat in der letzten Stadtversammlung vorgeschlagen.

Oberes Revier

Auf zur Bürgergesellene!

Sonntag, den 18. März, von 18 Uhr ab, findet im Gerichtsgebäude in Oberhennersdorf eine Bürgergesellene statt. Ein reichliches Programm sorgt bis in die späten Abendstunden für Unterhaltung. Der K.F.S. führt auf allgemeinen Wunsch „Die roten Matrosen“, ein Theaterstück in vier Akten, vor. Außerdem werden einige Genossen des Jung-Spartakusbundes und der K.F.S. einige revolutionäre Reden vortragen. Alle Genossen und Frauen, alle K.F.S.-Kameraden mit Frauen und Angehörigen und alle Rote-Hilfe-Mitglieder sind zu diesem Abend eingeladen. Darüber hinaus soll natürlich jeder einzelne die größte Propaganda für den Abend machen.

Zur den Arbeitersamaritanern. Im Sonntag steht in Springer's Hof eine Vereinssitzung der Arbeiter-Samaritaner statt. Große Saal. Breslau sprach über Entstehung, Zweck und Ziele des K.F.S. Er spricht u. a. darüber, daß das Bedürfnis, dem Verletzten zu helfen, nicht nur bei den Menschen, sondern auch bei den Tieren vorhanden ist. Bis 1850 in Wien ein großes Theater abbrannte und Menschen verbrannten, kam man auf die Idee, Pferde anzubauen zu lassen, um bei etwaigen Unglücksfällen erste Hilfe zu leisten. Professor Dr. Eschenbach vertrat diese Idee, stand aber bei den Tieren wenig Achtung. Die Meiste waren der Meinung, daß dadurch dem Kriegsministerium für und Tot geöffnet werden. Es hatten sich trotzdem Organisationen gebildet. Unter der Bismarckischen Führung durften diese nur in Kriegsfällen in Tätigkeit treten; das Arbeitsschlachtfeld sie war ganz außer Acht. Bis in Berlin einige Arbeiter infolge Einsparung eines Gehalts verhungerten, gründeten jedoch Zimmerleute eine Samaritaner-Gesellschaft. Das war im Jahre 1903. Diese Gesellschaft ging bis heute auf 1200 Mitglieder mit 45000 Mitgliedern. Wir sehen, daß die Organisation trotz der Härte des Kaisers Preußen gut weiter angekommen ist. Nach der Statistik sind im Jahre 1925 in gewerblichen Betrieben 652 897 Unfallneuerungen erfolgt. Das beweist also, daß wir ausgebildete Leute haben müssen, um erste Hilfe leisten zu können, wenn nicht bei den Verunglückten durch unvorsichtige Behandlung der Tod eintreten soll. Auch einer lebhaften, aber durchaus sachlichen Ausprache mit der Samaritaner-Gesellschaft stand eine Abteilung zu Hilfe, die aber zur Polizei Görlitz gehört. Interessenten können sich bei Genossen Riegerda, Zellhammer, Grenze 15, melden.

Freiburg

Gesamtreichwehr mit Tiere. Am 4. März vereinbarte das Freiburger Reichsbanner in Freiburg eine Gesamtreichwehr. Gouverneur Dr. Gehege der Leiter des Weltkriegs, aber er verzog zu legen, und der Tod vieler auf die sozialdemokratische Kriegstreitbewilligung verhinderte es. Heute stehen diese Deutcher vor den Denkmälern und reden und handeln genau so wie 1914. Kameraden des Reichsbanners, gehen endlich doch die Augen auf! Das Worte war, daß der „Reichsbannergeneral“ Gehege in Freiburg, der

politisch geschult sein will und den Kommunisten und K.F.S.-Kameraden jede Kleinigkeit nachvors, noch belästigt, doch zum Schluss ein Landstrich gemacht wird. Ist das Gesamtreichwehr?

Die Tante „Bergwacht“ schrieb davon natürlich nichts!

Landeshaus

Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang. Wie bereits gemeldet, wurde bei den Schleichen-Legitiverwerben Melchner u. Frahm am 26. Februar 1926 am Kessel der Kesselheizer Otto Schreiber so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Ein Maurer, welcher in der Nähe beschäftigt war, trug ebenfalls Verletzungen davon. Die Explosion kann nur darauf zurückzuführen sein, daß entweder das Ventil die Widerstandsfähigkeit gegen den dem Kessel entsprechenden Atmosphärendruck nicht besaß oder daß das Sicherheitsventil am Kessel nicht funktioniert hat. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Jauer

Die Ortsausschusssitzung hatte folgenden Verlauf: Vor Eintritt in die Tagessitzung gedachte der stellvertretende Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Vorsitzenden, Kollegen Heinrich Wagner.

Niederschlesien

Grünitz

Gästfrauen, Arbeiterinnen! Heraus zu der am Freitag, 20 Uhr, im Hotel „Zur Alstadt“ stattfindenden Versammlung. Thema: „Warum haben wir nicht das Notwendige zum Leben?“ Referentin Genossin Hahne. Breslau. Eintritt 10 Pfennige.

Alles heraus zur Demonstration am Sonntag zu Ehren der Märzzeitalle

Antreten 13.30 Uhr am Nikolaigrab

Unglücksfall. In der Sumag Abt. Maschinenbau ereignete sich am Dienstag ein Unglücksfall, der nur auf das Antreiberklemm zurückzuführen ist. Auf Grund der Prostivirtschaft ist es nicht möglich, veraltete oder beschädigte Gebrauchsgegenstände zu erneuern. Der Arbeiter Hartmann aus der Schmelzerei war mit dem Ausgleich einer vierziger Pfanne beschäftigt. Diese war aber nicht ganz in Ordnung. Durch die schadhafte Pfanne verbrachte sich Hartmann beide Beine. Der Betriebsrat Volz aus jener Abteilung ist mit seiner Heze gegen die Kommunisten so beschäftigt, daß er keine Zeit hat, sich um seine Betriebsratspflichten gegenüber der Betriebschaft zu kümmern. Arbeiter, seht euch bei der nächsten Betriebsratwahl diese Leute etwas besser an!

Reich durch den Alkohol hatte ein Arbeiter, der nach Arbeitsschluß in einem Hotel der Alstadt ein Glas Bier trinken wollte, aus dem aber mehrere wurden. Der Arbeiter hatte seinen sozialen verbündeten Wochenlohn in der Tasche. Er geriet nach dem Genuss von mehreren Gläsern Bier in einen Dämmerzustand und schlief dabei ein. Nach ungefähr zwei Stunden bemerkte er zu Hause, daß sein ganzer Wochenlohn weg war. Sofortige Nachforschungen blieben erfolglos. Dieser Fall zeigt von neuem, welche Folgen reichlicher Alkoholgenuss hat.

Lauban

Wer viel hat Scheldt unterschlagen? In einer Gemeindeversammlung sprach der Landrat zum Fall Scheldt. Die veruntreute Summe von 6000 Mk. soll durch Eintragung einer Hypothek ein Grundstück sichergestellt sein.

Sagan

Zugebuh. Füchtige Kerle sind es, die Edersdorfer Reiterlinge, und ausgelöschtene Lieblinge der Gemeindevertreter, die sich schon einmal mit dem Gedanken trugen, da bekanntlich zum Reiten Pferde gehören, diese aber nicht vom Himmel herabfallen, einen Transport Esel für diese edle Kunst anzustellen. Gerade kurz vor der Abstimmung bemerkte rettend ein Gemeindevertreter, „es sei nicht angebracht, diese Anschaffung zu machen, weil diese Art Tiere ein großes Quantum reißelloses Fleischfleisch benötigen, im anderen Falle aber der unterste vom obersten Esel nicht zu unterscheiden wäre.“ So unterblieb die wichtige Anschaffung. An Stelle des verhinderten Reiterkurses beschloß der Verein der Reiterlinge, eine Fahnenstange zu veranstalten, die jetzt am Sonnabend unter Ausschluß der Feuerwehr stattfindet. Der reichliche Nebenkost im Zusammenhang mit Friedensfesten schafft auch bald die „Helden“.

Mit Heinrich Wagner hat die freie Sportbewegung einen ihrer besten verloren, auch der Metallarbeiterverband, dessen Vorsitzender W. mehrere Jahre hindurch war, wird den Verlust des Kollegen Wagner nicht leicht verschmerzen. In der SPD stand Wagner auf dem linken Flügel. Wie schaute ihr als ehrlichen Klassenkämpfer, der durch Tradition, mehr aber durch sein Milieu den Weg zu denen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, nicht stand? Nun werden die kaukasischen SPD-Führer sich immer weiter nach rechts entwickeln. Die kaukasische Arbeiterschaft wird gut daran tun, dieser Entwicklung ihre Interessen zu widersetzen und daraus ihre Schlußfolgerungen zu ziehen! — Der Vortrag des Kollegen Weiß über „Formale Bestimmungen des Arbeitsgerichtsgesetzes“ läßt erkennen, daß man es mit einem Fachmann zu tun hat. Ein Vortrag über allgemeine Rechtsfragen würde von den Delegierten ebenfalls gern gehört werden. Zu bemerken ist, daß zu diesen Vorträgen alle Kollegen, soweit sie freigewerkschaftlich organisiert sind,出席 haben. — Unter Punkt 2 wird vom Landesausschuß Breslau für Tarnows Schrift „Warum arm sein?“ Kritik geübt. — Als Geschäftsführer der Arbeiterbank wird zum Nachfolger für den verstorbenen Kollegen Heinrich Wagner der Kollege Hermann Menzel gewählt. Die Wahl des Ortsausschusshauptmannen findet in der nächsten Sitzung statt. Musikdirektor Schnieder ist an den Ausschluß um Veranstaltung eines Sinfoniekonzerts herangetreten. Gewinn und Verlust gehen auf Kosten des Herrn Schnieder. Das Konzert wird am Freitag, den 16. März, stattfinden. Karten hierzu sind zum Preis von 50 Pf. bei jedem Gewerbeverein und an der Abendkasse erhältlich. — Die Betriebe Dauber, Groß-Maschinenfabrik, Schenck Möbelfabrik, und die Ledersfabrik haben keine Betriebskräfte. Durch Eingabe an die zuständige Behörde sollen die betreffenden Betriebe zur Aufstellung von Betriebsräten veranlaßt werden. Am 1. April findet die Jugendweihe des Verbandes für Freizeitkultur und Feuerwehr statt, wozu die Arbeiterschaft zu recht zahlreichem Besuch eingeladen wird.

Stimmung“, und so nimmt es uns auch gar nicht wunder, daß diese ehrwürdige Veranstaltung mit einem *Uffentlichen* abgeschlossen wurde. — Also Grünberg hat schon sein „Heldendenmal“ und Sagan hat erst lumpige 5000 Mark zusammengelegt. Wir verstehen, daß die Saganer Patrioten ihr Herz mit Blutern füllen, in der Redaktion des „Wochenblattes“ die Gehirne der Redakteure Phantasieläuse machen und ein anderer das neue Denkmal damit begründet, weil die Hunde die schwarze weißen Schleifen der Kränze am Kriegerdenkmal am Nippelkopf bollen. ... Inzwischen sind die Redakteurinnen von ihrem Ausschlag zurückgekehrt und haben entdeckt, daß in Sagan auch eine Stadtverwaltung besteht, die, wie sie annehmen, ebensoviel Verständnis wie die Grünberger für diesen patriotischen Unsun haben wird. Wir haben wiederholt bemerkt, wie die hinterbliebenen der Gefallenen behandelt werden. Diese Sorte Patrioten sollte sich erst einmal für eine menschentümliche Unterstützung der Kriegsopfer befreien und dann an ihren Unsun denken. Damit sich aber unsere Denkmalsverteidiger nicht zufriedig fühlen und ihren vermoderten Fried nicht zur Vernichtung verurteilen, werden wir jedem einen „Anker-Bausatz“ verschreiben. Den Saganer Einwohnern rufen wir zu: Taschen zu!

Neusalz

Aus Furcht vor den Folgen eines Autounfalls brachte sich ein hiesiger junger Chauffeur einen Schuß bei, der die Lunge schwer verletzte. Bei dem Autounfall sind Personen nicht zu Schaden gekommen. Das Auto wurde nur wenig beschädigt.

Bunzlau

Den Chemnitz mit hochendem Wasser überzogen. Ein Coupé in Großhartmannsdorf lebte seit einiger Zeit in Unordnung. Als nach einer neuerlichen Wassereindringung der Mann sich schlafen gelegt hatte, goss ihm die Frau hochendes Wasser über den Körper. Er mußte mit schwernen Verbrüchen in das Bunzlauer Krankenhaus eingeliefert werden.

Selbstmordversuch oder Unglücksfall? Bewußtlos aufgefunden wurde in der Küche seiner Wohnung der 32 Jahre alte Güteragent Werkmeister von hier. Der Gasbahn war geschnitten. Der Bewußtlose wurde nach dem Kreiskrankenhaus geschafft, wo er sehr hebenlich niedergeliegen.

Liegnitz

Autounfall. Auf der Fahrt von Görlitz nach Breslau erlitt in der Nähe von Barwitz das Auto des Holzhändlers Lehmann einen Steuerbruch und kam auf der schmalen Straße so ins Schleudern, daß es gegen einen Baum und in den Chausseegraben lauste. Dabei überschlug es einen Motorradfahrer, so daß er erheblich verletzt wurde. Der Führer des Wagens hat Schnittwunden erlitten, Lehmann blieb unverletzt.

Zwei Jahre Gefängnis. Das Urteil gegen den Fahrradhändler Lohse und Frau Pohl (früher Dittrich) lautete auf Freispruch für Lohse. Frau Pohl erhielt statt drei Jahren zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

Aus dem Riesengebirge

Es wird gejagt. Bei den letzten Rotwildjagden des Grafen Schaffgotsch wurden im Forstrevier Neuhäsch 25 Stück und im Forstrevier Kunzendorf 5 Stück Rotwild erlegt. Nebenflug auf den einen, Tot auf der anderen Seite!

Ein zweiter Selbstmord in Petersdorf. Im Rohnauer Dorfteil ertrankte sich die 46-jährige Frau des Hüttenarbeiters August Egner.

Grünberger Auslese

Der Wettkampf um den Rottsteller

Das Zahlungstremmen um den hiesigen Rottsteller hat nun endlich seinen Höhepunkt gefunden. Als Gewinner waren Teilnehmer aus allen Gauen auf dem Platz erschienen. Neben dem funktionierenden Gelände lief der Rottsteller um die Rette. Die Teilnehmer, fast 50 an der Zahl, setzten sich aus allen Gemeinden zusammen. Außer Schläfern, Geschwirren, Karrenläufen usw. war auch ein Friesen vertreten. Die Leute waren aber wahrscheinlich alle „zu schwach um die Brust“, denn sie machten drei stammende Läufe von 100 Metern vor dem Endpunkt das Feld ranzen. Nach heizigen Ringen mußten zwei von diesen drei, unter denen sich auch Billi von der SPD befand, ausscheiden. Als endgültiger Sieger ging der Rottreibende Fiegel von der Bergischbräuerei ins Ziel. Alle Sammlungen des Rottstellers können sich nun zum Abschluß des Friesenfestes am 1. April vorstellt einzufinden.

Reiter ist menschlich!

Ein schreckliches Unglück ist fürstlich in unserer Stadt passiert. Bei der Grundsteinlegung des hiesigen Kriegerdenkmals ist eine Rolle mit dem Namen jämmerlicher Gefallenen des Weltkrieges eingemauert worden. Nun hat es sich herausgestellt, daß auf der Ritterseite ein Fleischer verstorben ist, der nicht den Rottsteller für das Vaterland stark lobend in seiner Bergischbräuerei ein Ende machte. Der „Artillerieverein“ hat nun einen hohen Panomier benötigt, die Entfernung dieses Namens aus der Rolle zu verwirklichen. (1)

Weltkampf Grünberg!

Samstagabend findet um 19 Uhr in den Reichshallen das Finale der Grundsteinlegung des Rottstellers statt. Das Programma umfaßt Feuerwehr, Feuerwehrfahnen, Feuerwehrfahnen, Feuerwehr und Feuerwehr. Am 17. Uhr Schachmeisterschaft auf dem Ring. —

„Wenn die Stube nicht im Zimmer ist, dann spielen die Mäuse auf dem Fensterbrett.“ Genau so geht es bei der Maschinenfabrik Süder zu. Wenn der Chef nicht anwesend ist, fühlt sich so mancher kleine Herr dazu berufen, den Wichtigen zu spielen. Da ist ein Doktor, der am Anfang seiner Regierung gegen jeden Arbeiter sehr artig den Hut zog. Heute legt er nur noch in ganz militärischer Weise die Finger an die Kopftbedeckung. Weiterhin gibt es einen Kalkulator, dessen Hauptbeschäftigung der Alkoholverlauf ist. Selten kommt jedoch ein Arbeiter dazu, von diesem Holz etwas erstehen zu können. Man sucht sich diejenigen, die Holz erhalten, sehr gut aus. Im übrigen gehen über die Verwendung des Holzes die verschiedensten Gerüchte um. Zum Schluss sei noch der Angestelltenratsvorsitzende Otto erwähnt, der sich öfters in Rundschreiben an seine Freunde wendet. Es würde bestimmt nichts schaden, wenn die Zustände in dieser Fabrik schnellstmöglich besser würden.

„Wir sind keine Arbeiter.“ Stammt neulich ein Junge zu seiner Schwester in die Wohnung und bot ihr eine „Arbeiter-Zeitung“ zum Kauf an. Die Schwester erwiderte voller Wut, indem sie ihm den Besenstiel über den Rücken schlug, folgendes: „Du Narr, mach bloß, daß du rauskommst, mit sind keine Arbeiter!“ Gerade diese Frau hätte am allerwenigsten Anlaß zu einer solchen Überheblichkeit. Denn sie stammt aus einer Arbeiterfamilie und braucht sich keinesfalls besser als die „gewöhnlichen Arbeiter“ zu fühlen.

Stadtewettkampf der Schwerathleten von Grünberg und Liegnitz.

Am Sonntag treffen sich in Grünberg die Mannschaften des Sportclubs Eiche Liegnitz mit den Mannschaften des Kraft-Sportclubs Siegfried Grünberg zu einem Stadtewettkampf im Ringen und Boxen. Der Wettkampf wird mit einigen guten Aktivitäten am Sonntag eingeleitet.

Von den Schulen. Die Stadt eröffnet zu Ostern das Ober-

Igeum mit der Osterelunda.